

DER Offizier

Ausgabe 1/2019 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



VI. Tag der Wehrpflicht

EU-Ratsvorsitz im
2. Halbjahr 2018

Umfassende Landes-
verteidigung in Zeiten
großer Umbrüche

Gebirgstruppe erhält Gefechtsfahrzeug „Hägglunds“



WÄCHTER

Keine Aufrüstung,
sondern dringenden Ersatz!

In der ersten Stunde der Organisationslehre erfährt man, dass sich eine Aufbauorganisation aus einer Aufgabenanalyse ableitet. Natürlich sind dann die finanziellen und personellen Möglichkeiten bei der Dimensionierung der Organisation zu berücksichtigen, nur sollte man dabei die Möglichkeit der Aufgabenerfüllung nicht aus den Augen verlieren. Nun, wenn wir dieses Thema auf das Bundesheer übertragen und feststellen, dass von allem zu wenig vorhanden sei, kommt meistens die wenig sachdienliche Aussage, dass dann eben die Organisation zu verkleinern wäre. Was aber, wenn dann die Aufgabe nicht mehr erfüllt werden kann? Ursprünglich hat man z. B. abgeleitet, dass die Republik 24 Abfangjäger plus 6 Doppelsitzer braucht. Der Geldlogik, aber auch dem tagespolitischen Kalkül folgend, hat man zuerst auf 18 und dann auf 15 Maschinen reduziert. War nun die erste Zahl falsch oder hat man die Aufgaben illegitimerweise an einen kurzsichtigen politischen Willen angepasst? Brave Soldaten müssen natürlich den Primat der Politik zur Kenntnis nehmen, reichen aber das Verständnis und das Verantwortungsgefühl „der Politik“, die das verfassungsmäßige Instrument, die „bewaffnete Macht der Republik Österreich“ (s. Wehrgesetz) einsetzt, aus, um das Instrument und damit den Staat sicher zu halten? Wie oft wurde davor gewarnt, den Personalnachwuchs nicht so dramatisch zu drosseln, wie man es ab 2012 beginnend betrieben hat? Nun trifft „ganz unerwartet“ die Pensionswelle auf die Organisation und der benötigte Nachwuchs ist nicht fertig ausgebildet. Hundertschaften an Militärakademiejahrgängen gehen in Pension und nur kleine Grüppchen von bis zu 30 Offizieren kommen aus der Militärakademie heraus. Hundertschaften von Milizoffizieren hat man in den Reservestand versetzt, nur unzureichend wird ein Nachwuchs ausgebildet und das ist nicht nur dem Geburtenrückgang geschuldet. Nun gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Die unterste Ebene könnte man länger dienen lassen, man könnte das Wehrgesetz anwenden

und einen Milizkadernachwuchs verpflichten, man könnte Übungsverpflichtungen einführen, man könnte die Ausbildung beschleunigen, man könnte durch bessere Bezahlung attraktiver am konkurrierenden Arbeitsmarkt werden, man könnte, man könnte. Was man allerdings nicht tun sollte, ist über kleinere Strukturen nachzudenken, denn die Aufgaben sind nicht weniger, sondern mehr geworden. Die Staatsgrenze wurde nicht verkürzt, es gibt zunehmend mehr Infrastruktur zu schützen, der Weltfrieden ist Utopie, der Luftraum wird von immer mehr Luftfahrzeugen benutzt, der Cyberraum ist dazugekommen, es muss nicht weniger, sondern mehr Gefahren werden, es muss veraltetes oder nicht ersetztes Gerät wiederbeschafft werden. Wie hat sich die Lage verändert, dass man nur mehr 1 Staffel mittlerer Hubschrauber braucht, wenn man bisher kaum mit den 2 Staffeln „Alouette“ und der Staffel leichter „Kiowa“-Hubschrauber ausgekommen ist? Ersetze 36 alte durch 12 neue Hubschrauber plus 3 „Black Hawk“ – welche Aufgabe ist denn da weggefallen? Verkaufe über 1.000 „Pinzgauer“ und „Puch G“, habe aber keinen Ersatz. Irgendwie ist das nicht nachvollziehbar, außer mit der Begründung, „wir wollen nicht so viel Geld ausgeben“. Verschrotte die Granatwerfer und Infanteriegeschütze und beschaffe keine Panzerabwehr nach – was hat sich denn am Bedarf geändert? Ach ja, „es gibt keine Panzerschlacht mehr im Marchfeld“ waren die vollmundigen Erklärungen der damals Verantwortlichen. Und jetzt? Jetzt ist eben, neben bestem und modernstem Gerät, leider auch viel altes Gerät und zu wenig von allem da, auch für die Miliz. Wenn man glaubt, zum Aufrechterhalten der Souveränität ohne ein Sicherheitsinstrument wie dem Bundesheer auszukommen, dann sollte man auch den Mut haben, völlig abzurüsten und sich damit auszuliefern, nur das, was derzeit geboten wird, reicht eben nicht aus.

/ Noch einmal, nicht Aufrüstung ist das Gebot der Stunde, sondern dringend benötigter Ersatz und Anpassungen an den State of the Art. ❌

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Tag der Wehrpflicht
- 12 Der österreichische EU-Ratsvorsitz
- 16 Minister Kunasek übergibt „Hägglands“ und „Dingo“ an die Truppe
- 17 Danke, dass wir wieder Soldatin oder Soldat sein dürfen
- 20 Sicherheitspolitischer Jahresauftakt
- 21 Umfassende Landesverteidigung in Zeiten großer Umbrüche
- 28 Auftrag zur Beschaffung von drei zusätzlichen „Black Hawks“ erteilt
- 29 Sicherheit am Balkan ist Sicherheit für Europa!

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** GenMjr Mag. Herbert Bauer | **Erscheinungsort:** Wien | **Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i. R. O. Heel (Tirolbeilage); M. Musner; M. Sala **Marketing:** Dr. Michael Radike, marketing@oeog.at | **Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck | **Druck:** Ing. F. Feilhauer 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 1 | **Fotos:** Titelbild: Bundesheer/Martin Hörl; andere gem. Einzelnachweis | **Internet/Mail:** www.oeog.at – deroffizier@oeog.at

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des Wächter müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100 % im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Vorwort

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!

Das Jahr 2019 wird „vielleicht das Schlüsseljahr“ für das Bundesheer, sagte Verteidigungsminister Mario Kunasek. „Nun wird sich herauskristalisieren, ob das Bundesheer auch in Zukunft die Aufgaben, die die Bevölkerung und die Politiker an uns stellen, sicherstellen kann“, sagte Kunasek. Eigentlich sollte sich der Bundesminister keine Sorgen machen, steht doch im Regierungsprogramm: „Den Herausforderungen und den verfassungsmäßigen Aufträgen wurde in den letzten zehn Jahren nur mangelhaft nachgekommen, wodurch das ÖBH nachhaltig geschwächt wurde. Deshalb leiten wir einen Kurswechsel ein.“ Diese Beurteilung ist sehr richtig und nun kommt endlich der Kurswechsel – oder nicht? Des Weiteren steht im Regierungsprogramm unter dem Titel „Bekenntnis zu einem starken Österreichischen Bundesheer“: „Wir bekennen uns zur militärischen Landesverteidigung durch das Österreichische Bundesheer auch als strategische Handlungsreserve unseres Landes. (...) Um die Aufgaben erfüllen zu können, ist das ÖBH entsprechend rechtlich und organisatorisch auszustatten und die budgetäre Planbarkeit für die Zukunft zu verbessern.“ Wenn man sich jetzt aber Sorgen macht, muss es wohl Anzeichen geben, dass es zu keinem Kurswechsel kommt, dass man kein starkes Bundesheer will, dass das Bundesheer weiter geschwächt werden wird, dass die Aufgaben, die die Bevölkerung und die Politiker an das Bundesheer stellen, nicht sichergestellt werden können – oder nicht?

/ Diese Ausgabe von „Der Offizier“ vermittelt – wie immer – aus verschiedenen Blickwinkeln, warum es sinnvoll wäre, rechtzeitig und ausreichend in das Bundesheer zu investieren, damit man alles hat, was man braucht, wenn man es braucht. Begrüßenswerter Zulauf von neuem Gerät darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass man weit weg ist, von dem was man brauchen würde, um die vorgesehene Mob-Stärke von 55.000 Mann ausreichend auszustatten. Das Glas ist halb voll oder halb leer, je nachdem, wie man es betrachtet. Das halb volle Glas ist gut und richtig gefüllt, aber was ist mit dem leeren Teil? Der versprochene Kurswechsel ist angesagt!

Ihr Chefredakteur
Herbert Bauer

Brief des Präsidenten

„Es läuft die Zeit, wir laufen mit.“



© OGGFOTOSTUDIO WILKE

Auf den Zweiten Weltkrieg folgte ein jahrzehntelanger Kalter Krieg zwischen Ost und West. Unversöhnlich schien die Bipolarität zwischen Kommunismus und Kapitalismus, Diktatur und Freiheit, Warschauer Pakt und NATO. Österreich lag direkt am Eisernen Vorhang und wäre beim Heißwerden des Konflikts ausgelöscht worden. Heute leben wir in einer multipolaren Welt – neben einem Global Player, den USA, gibt es zahlreiche weitere Großmächte und regionale Mächte, die um Einfluss rittern: China, Russland, EU, Indien, Iran, Saudi-Arabien, Türkei, Japan, Südafrika, Brasilien ... Damit geht aber auch Stabilität verloren. Allianzen können aufgelöst, aber auch neu gebildet werden. Kleine Ursachen können große Wirkungen haben. Vorhersagen verlieren an Genauigkeit, Vorwarnzeiten sinken gegen null.

/ In der Sicherheitspolitischen Jahresschau 2019¹ der Direktion für Sicherheitspolitik wird diese Lage so skizziert: „Die Sicherheitspolitische

Vorausschau für 2019 folgt im Wesentlichen den Trends der letzten zwei bis drei Jahre. So muss auch diesmal konstatiert werden, dass sich das sicherheitspolitische Umfeld der EU und so-

„Auf globalstrategischer Ebene zeichnen sich immer stärker die Elemente einer multipolaren Konfrontation zwischen den Großmächten ab, wobei die EU Gefahr läuft, marginalisiert zu werden.“

mit auch Österreichs auf nahezu allen Ebenen tendenziell verschlechtert. Auf globalstrategischer Ebene zeichnen sich immer stärker die Elemente einer multipolaren Konfrontation zwischen den Großmächten ab, wobei die EU Gefahr läuft, marginalisiert zu werden. Die Ordnungsfähigkeit internationaler Organisationen nimmt ab, die Wirtschaftsordnung gewinnt an Dominanz und vergrößert global gesehen den Unterschied zwischen Arm und Reich bei

gleichzeitig abnehmenden Ressourcen und schwindendem Zugang zu existenziellen Grundlagen. Rüstungskontrollverträge werden aufgekündigt, in und vor allem um Europa wird aufgerüstet.

Das Eskalationspotenzial der Konflikte im Umfeld der EU ist unvermindert hoch. Gegenüber Russland wird die relative militärische Schwäche Europas zunehmend sichtbar.“

Konfrontation oder Kooperation

Die Spieltheorie hat eindrücklich den Nachweis erbracht, dass bei endlichen Ressourcen der Nutzen für alle am höchsten ist, wenn von allen Beteiligten kooperatives Verhalten gelebt wird. Diese Erkenntnis darf aber nicht dazu führen, dass die Kooperative ausgenutzt wird. Wenn Kooperation als Schwäche interpretiert und missbraucht wird, dann ist Zeit für ein Umdenken. Auch die Spieltheorie fordert dann, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.

/ Zbigniew Brzezinski, ehemals Sicherheitsberater von US-Präsident Carter und Professor für amerikanische

Außenpolitik an der John-Hopkins-Universität, formulierte bereits 1997 in seinem Buch „The Grand Chessboard“² folgenden Imperativ imperialer Geostrategie: Es sind „Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die Barbarenvölker sich nicht zusammenschließen.“ Die aktuelle Politik des amtierenden US-Präsidenten scheint unter dem Motto „America First“ exakt dieser Logik zu folgen. Die Aufkündigung von wichtigen Verträgen und die Dämonisierung Russlands sind eindrucksvolle Zeichen für den konfrontativen Stil der neuen Multipolarität. Für die EU – den Zusammenschluss der Barbaren – stellt sich die Frage der zukünftigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Existenzfrage.

Strategische Antworten

Die EU hat 2016 mit dem Dokument „A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy“³ eine klare Antwort gegeben, in der mehrfach von „strategischer Autarkie“ die Rede ist. Österreich, das sich traditionell als Brückenbauer versteht, hat mehrfach betont, dass neben der transatlantischen Freundschaft auch eine eurasische Freundschaft in seinem Interesse liegt. Und mit dem „Bedrohungsbild 2030“⁴ sowie dem „Militärstrategischen Konzept 2017“⁵ sind die Leitlinien der österreichischen Verteidigungspolitik definiert. An Analysen und

„Bevor ein Konflikt ausbrechen kann, muss eine Stimmungslage geschaffen sein, die Gewalt als legitimes Mittel erscheinen lässt.“

Ableitungen fehlt es also nicht. Woran es allerdings weiterhin mangelt, ist eine konsequente Umsetzung.

/ Für das Österreichische Bundesheer sind folgende Ableitungen und Forderungen erkennbar:

- Wiederherstellen der verfassungsmäßigen Aufgabe als bewaffnete Macht der Republik
- Anpassung der Umfassenden Landesverteidigung an aktuelle und künftige Herausforderungen
- Umsetzung des Milizprinzips und Wiedereinführung verpflichtender Truppenübungen
- Steigerung der Verteidigungsausgaben auf zumindest 1 % des BIP jährlich

Nationaler Schulterschluss erforderlich

Wenn international eine konfrontative Grundtendenz erkennbar ist, dann sollte sich Österreich darauf auch einstellen und vorbereiten. Dies kann jedoch nur im nationalen Konsens erfolgen. Der Landesverteidigungsplan ist in den 80er-Jahren in diesem Grundkonsens verabschiedet worden. Im November 2015 hat der Nationalrat mit einem einstimmigen Beschluss die verfehlte Verteidigungspolitik der letzten Jahrzehnte beendet. Verteidigungsfragen sollten auch heute nicht aus der parteipolitischen Perspektive betrachtet werden. Wenn zum Beispiel der Verteidigungs-

minister am „Tag der Wehrpflicht“ ein Grundsatzreferat über „Hybride Bedrohungen“ und die Resilienz Österreichs hält und die gesamte Opposition der Veranstaltung fernbleibt, dann ist das kein Vorbild für die Soldaten des Bundesheeres, die „Rot-Weiß-Rot“ und nicht einer Partei die Treue gelobten.

Worte als Waffe

Bevor ein Konflikt ausbrechen kann, muss eine Stimmungslage geschaffen sein, die Gewalt als legitimes Mittel erscheinen lässt. Beobachtet man derzeit die Tonlage innenpolitischer Diskurse und ihre Weiterführung in den etablierten und den sozialen Medien, kann einem angst und bange werden: Empörung wird zu Hass, Intoleranz wird zur Pflicht erklärt, Andersdenkende werden an den sozialen Pranger gestellt, der „Shitstorm“ ist zur täglichen Realität geworden, das denkende Abwägen wird durch aufgeregte Aktivität ersetzt.

/ Christopher Clark meinte, dass „Die Schlafwandler“ Europa in den Ersten Weltkrieg führten. Derzeit deutet mehr darauf hin, dass überdrehte, gedanken- und atemlose „Adrenalinjunkies“ zur Eskalation beitragen. Offiziere sollten in diesem Umfeld durch eine saubere Lagebeurteilung, vernünftige Besonnenheit und eine stilvolle Wortwahl hervorstechen, meint

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft** ✕

¹ Sicher. Und morgen? Sicherheitspolitische Jahresschau 2019; Download unter: <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=9821>

² Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft (deutsch, 1998)

³ Download unter: https://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf

⁴ Kurzversion zum Download unter: https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/trends_konfliktbild.pdf

⁵ Download unter: <http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=2844>

VI. Tag der Wehrpflicht

Hybride Bedrohungen

Wie widerstandsfähig ist Österreich?

OBERLEUTNANT CLEMENS GÖSSL, BSc



Die Plattform Wehrhaftes Österreich lud am 20. Jänner 2019 zum VI. Tag der Wehrpflicht, zu dem sich etwa 350 Teilnehmer im Haus der Industrie in Wien einfanden. Das Thema war „Hybride Bedrohungen“, in deren Rahmen neben den militärischen auch die zivilen Herausforderungen von Bedeutung sind. Dabei waren sich die militärischen und zivilen Experten einig, dass gerade erst die Widerstandsfähigkeit jedes Einzelnen die Resilienz des Gesamtstaates ermöglicht.

Vor sechs Jahren fand am 20. Jänner 2013 – auch an einem Sonntag – die Volksbefragung über die Beibehaltung der Wehrpflicht oder die Einführung eines Berufsheers statt. Dabei hat sich die Bevölkerung mit klarer Mehrheit für die Wehrpflicht ausgesprochen und somit ein Zeichen gegen eine weitere Demontage des Bundesheeres und der Wehrbereitschaft Österreichs gesetzt. Damals haben sich insbesondere auch die Vertreter der wehrpolitischen Vereinigungen für diese Beibehaltung ausgesprochen und dafür gekämpft, dass die Wehrpflicht als Grundlage unseres Bundesheeres erhalten bleibt. Angesichts bevorstehender weiterer Budgetkürzungen war jedoch zu befürchten, dass das Bundesheer weiterhin fundamental in seiner Existenz bedroht

werde. Die bedeutendsten wehrpolitischen Organisationen Österreichs schlossen sich daher zu einem Verband zusammen, um sich als größte Lobby für das Bundesheer weiter für die Belange der Verteidigungsbereitschaft Österreichs einzusetzen. Mittlerweile gehören der Plattform 14 Organisationen mit bundesweit etwa 250.000 Mitgliedern an.

„Unser Anliegen ist ein ganz einfaches: Wir wollen, dass die Bundesverfassung angewendet wird!“, unterstrich Brigadier Mag. Erich Cibulka, Vorsitzender der Plattform, und forderte, dass die Wehrpflicht erhalten bleiben und das Bundesheer – nach den Grundsätzen eines Milizsystems eingerichtet – zur militärischen Landesverteidigung befähigt sein müsse.

Abermals hochkarätige Gäste

Auch zum diesjährigen Tag der Wehrpflicht fanden sich hochrangige Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft ein. Allen voran war es eine Ehre, Bundesminister Mario Kunasek,

der schon das zweite Mal am Tag der Wehrpflicht teilnahm, als Redner begrüßen zu dürfen. Unter den Ehrengästen befanden sich unter anderem die zweite Präsidentin des Wiener Landtages, Veronika Matiassek, NRAbg Oberst Dr. Reinhard Bösch (Vorsitzen-



Brigadier Mag. Erich Cibulka: „Unser Anliegen ist ein ganz einfaches: Wir wollen, dass die Bundesverfassung angewendet wird!“

der des Landesverteidigungsausschusses), NRAbg Oberst Dipl.-Ing. Christian Schandor, NRAbg. Major Mag. Volker Reifenberger, LABg ADir Manfred Haidinger sowie zahlreiche hochrangige zivile und militärische Vertreter staatlicher Organisationen, wie der Chef des Generalstabes, General Mag. Robert Brieger. Auch ausländische Verteidigungsattachés konnten begrüßt werden.

Hybride Bedrohungen als neue Herausforderungen

Cibulka unterstrich eingangs, dass eine klare Unterscheidung zwischen „es ist Krieg“ und „es ist Frieden“ heute nicht mehr exakt getroffen werden könne, da die Grenze zwischen diesen Zuständen mehr und mehr verschwimme. Dadurch entstünde ein Zwischenzustand, der – da er ständig seinen Charakter wechsle – weder eindeutig als Krieg noch eindeutig als Frieden bezeichnet werden könne. Deshalb wird in der sicherheitspolitischen Analyse der Begriff der „hybriden Bedrohung“ verwendet, mit dem beispielsweise Bürgerkriege, extensive Gewaltkriminalität oder Methoden staatlicher Akteure unterhalb des massiven Einsatzes von Militär verstanden werden (z. B. zur Destabilisierung von Nachbarstaaten



V. l. n. r.: Verteidigungsminister Mario Kunasek, zweite Präsidentin des Wiener Landtages Veronika Matiassek, Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses NRAbg Oberst Dr. Reinhard Bösch

durch Cyberattacken, Desinformationskampagnen oder Förderung von Revolten).

Angesichts dieser modernen Herausforderungen folgte Cibulka, dass es in der Begegnung hybrider Bedrohungen eines gesamtstaatlichen Ansatzes bedürfe: „Eine breite und diffuse Bedrohungslage braucht auch eine breite, also umfassende Antwort.“ Er forderte daher, die in der Verfassung verankerte Umfassende Landesverteidigung wieder zeitgemäß zu reaktivieren. Denn die Widerstandsfähigkeit hinge unter anderem von der Einsatzfähigkeit der staatlichen Organisationen ab. Und „es kommt auf jeden Ein-

zelnen von uns an, wie wir mit diesen Bedrohungen umgehen.“

BM Kunasek: Streben für ein starkes Bundesheer

Bundesminister Mario Kunasek nahm als erster Minister am Tag der Wehrpflicht teil und betonte, dass es für ihn eine Selbstverständlichkeit darstelle, daran mitzuwirken. So bedankte er sich bei den wehrpolitischen Organisationen, „dass wir vor einigen Jahren gemeinsam bei der Volksbefragung das richtige Ergebnis herbeigeführt haben“. Angesichts der Schneekatastrophen der letzten Wochen verdanke man es vor allem der Wehrpflicht, dass ausreichend Soldaten für Hilfeinsätze zur Verfügung gestanden sind. Außerdem bildet die Wehrpflicht eine wichtige Basis für die Rekrutierung von Berufs- und Milizkadern. Für ihn ist klar: In den nächsten Jahren steht die Abschaffung der Wehrpflicht auf jeden Fall nicht zur Diskussion! „Mit der Entscheidung bei der Volksbefragung nehmen alle relevanten politischen Akteure zur Kenntnis, dass die Wehrpflicht und der Zivildienst auch der Wunsch der Bevölkerung ist.“

Angesichts vielfältiger Herausforderungen ist die ständige Beurteilung potenzieller Gefahren eine wichtige Aufgabe des Verteidigungsressorts. „Es ist klarer Auftrag der Streitkräfte, aber auch der politischen Führung, immer auch in der Lage zu leben und damit sicherzustellen, die richtigen Antworten geben zu können.“ Gerade hybride Bedrohungen können dabei in



V. l. n. r.: NRAbg Oberst Dipl.-Ing. Christian Schandor, NRAbg. Major Mag. Volker Reifenberger, LABg ADir Manfred Haidinger, Sektionschef/BMVIT Prof. Dr. Gerhard Gürtlich



© COGIMOSENER (3)

V. l. n. r.: GenMjr Mag. Johann Frank, GenMjr Mag. Rudolf Striedinger, MilSupInt DDR. Karl-Reinhard Trauner, Gen Mag. Robert Brieger

unterschiedlicher Form in Erscheinung treten und sind nicht einfach greif- und begreifbar – sei es in Form von Cyberangriffen, Maßnahmen zur Erzeugung wirtschaftlichen Drucks, Desinformationskampagnen in Medien und sozialen Netzwerken und vieles mehr. Dabei könne man diese nicht isoliert als „militärische“, „polizeiliche“ oder „wirtschaftliche“ Herausforderung verstehen. Durch ihren hybriden – das heißt flexibel alle möglichen Schwachstellen des Staates ansteuernden – Charakter, müsse eine gesamtstaatliche Betrachtung gefunden werden. Auch die Bevölkerung ist diesbezüglich zu sensibilisieren: „Ich bin davon überzeugt, dass die Herausforderungen, die auf uns zukommen, nicht allein zu bewerkstelligen sind, sondern es braucht einen breiten Ansatz, der auch tief an die Wurzeln unserer Gesellschaft greifen muss.“

/ Angesichts des überwiegend grenzüberschreitenden Charakters hybrider Bedrohungen wäre es erstrebenswert, wenn auch auf internationaler bzw. EU-Ebene Kooperationsmöglichkeiten gefunden werden könnten. Doch es falle aufgrund des starren Charakters der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nicht immer leicht, konkrete Maßnahmen in Brüssel zu erarbeiten.

/ Nichtsdestotrotz ist es für eine funktionierende Zusammenarbeit erforderlich, dass alle – so auch Österreich – in der Lage sind, einen potenten

Beitrag zu leisten. Das falle aufgrund der aktuellen budgetären und strukturellen Situation nicht leicht. So gab der Minister einen Rückblick auf die Ereignisse im Bundesheer und unterstrich, dass die massiven Rückstände in vielen Bereichen des Bundesheeres nicht optimistisch stimmen.



Kunasek: „Mit der Entscheidung bei der Volksbefragung nehmen alle relevanten politischen Akteure zur Kenntnis, dass die Wehrpflicht und der Zivildienst auch der Wunsch der Bevölkerung sind.“

/ Für den Bundesminister sei jedoch klar: Das Bundesheer müsse wieder in die Lage versetzt werden, seine verfassungsmäßigen Aufträge erfüllen zu können! Und das bedeute auch die Vorbereitung auf die militärische Lan-

desverteidigung. Denn selbst wenn die daraus erwachsenden Fähigkeiten dem Bundesheer erlauben, auch andere Aufgaben, wie Katastrophen- und Assistenzeinsätze, zu bewältigen, so sei letztlich die militärische Landesverteidigung die Kernaufgabe des Verteidigungsressorts. Deshalb unterstrich der Bundesminister, dass das Bundesheer nicht die Exekutive und nicht das technische Hilfswerk sei, „sondern wir sind eine Armee mit der verfassungsmäßigen Aufgabe der militärischen Landesverteidigung“.

/ Dafür brauche es eine gut funktionierende Struktur, die eine Auftrags-erfüllung auch unter schwierigen Rahmenbedingungen gewährleistet. Der große Investitionsrückstau der letzten Jahrzehnte müsse daher – zumindest in kleinen Schritten – abgebaut werden. So berichtete Bundesminister Kunasek vom beabsichtigten Ankauf von Ausrüstungsgegenständen, Fahrzeugen und Hubschraubern, damit insbesondere die Einsatzfähigkeit der Truppe erhalten bliebe. „Für mich ist klar, dass es der Auftrag der Bevölkerung ist, nicht nur die Wehrpflicht zu erhalten, sondern ein starkes Bundesheer für die Zukunft und für die Sicherheit Österreichs und Europas zu haben“, schloss der Minister.

„Krieg ist mehr als Militär“

In der darauf folgenden Podiumsdiskussion führten Experten aus Militär und Zivilleben ihre Erkenntnisse aus der Beschäftigung mit hybriden Bedrohungen und deren Folgen aus. So unterstrich zunächst Brigadier Philipp Eder, Leiter der Abteilung Militärstrategie im BMLV, dass es das Ziel der Streitkräfteentwicklung und -planung ist, zehn bis 15 Jahre voraus zu blicken und dadurch eine den zu erwarteten Aufgaben entsprechende mittel- und langfristige Ausrichtung des Bundesheeres sicherzustellen (aktuell gemäß des sog. „Bedrohungsbilds 2030“).

/ „Krieg ist viel mehr als Militär und Militärpolitik. Krieg umfasst eine starke wirtschaftliche Komponente, eine Informationskomponente, eine diplomatische Komponente, eine Be-



Eder: „Wir haben bei hybriden Bedrohungen keine Vorwarnzeiten!“

einflussung“ und vieles mehr. Der vorgelagerte und gemischte Einsatz unterschiedlicher „Instrumente der Macht“ macht letztlich die Komplexität der hybriden Kriegsführung aus. Die beteiligten Akteure (die keine Staaten sein müssen) und deren strategischen Interessen bleiben dabei zumeist verdeckt. Der Einsatz militärischer Macht steht dabei oft – oder wenn überhaupt – erst am Ende einer langen Kette von eingesetzten Machtmitteln. „Das unterscheidet auch den hybriden Konflikt vom Krieg. Und das Teuflische daran ist, dass man lange nicht erkennt, dass dabei schon lange vorbereitet, agiert, aufgeklärt, informiert und propagiert wird.“ Als Beispiele für die Anwendung hybrider Methoden nannte er die russische Invasion auf der Krim und den russischen Einfluss im Konflikt in der Ostukraine sowie das Vorgehen des Islamischen Staates im Nahen Osten.

/ Im Rahmen einer bestmöglichen Vorbereitung auf einen hybriden Konflikt betonte auch er die zentrale Bedeutung der militärischen Landesverteidigung, da in einem hybriden Konfliktszenario die Fähigkeit zu durchsetzungsstarken Kampfaktionen gegeben sein müsse.

/ Dabei spielt vor allem die Geschwindigkeit der Einsatzbereitschaft eine entscheidende Rolle: „Wir haben bei hybriden Bedrohungen keine Vorwarnzeiten!“ Es ist daher notwendig, dass im Falle einer hybriden Krise die Reaktionsfähigkeit des Bundesheeres voll umfänglich gegeben ist. Zurzeit

ist dabei von folgenden Werten auszugehen: In 24 Stunden seien 1.000 Soldaten einsatzbereit; in 72 Stunden ein großer Verband in Brigadestärke.

/ Im Falle einer Krise könnte sich die staatliche Ordnung sehr schnell auflösen, weshalb die Autarkie des Heeres eine weitere bedeutende Facette darstellt. Bedauerlicherweise wurde in den letzten Jahren gerade die Durchhaltefähigkeit in diesem Bereich stark abgebaut. Da die Handlungsfähigkeit der Einsatzorganisationen jedoch von entscheidender Bedeutung ist, unterstrich Eder: „Im Militärstrategischen Konzept 2017 haben wir das Prinzip einer 14-tägigen Autarkie festgeschrieben.“ Aus diesem Grund könnten die intendierten Sicherheitsinseln ein

wichtiger Ansatz sein, bei dem jedoch die diversen Kompetenzbereiche der Ressorts übergreifend verstanden werden müssen. „All diese Bedrohungen betreffen nicht das Bundesheer allein, sondern den Staat“ als Ganzes. Deshalb müsse das Bundesheer auch mit anderen Einsatzorganisationen – von der taktischen bis zur strategischen Ebene und unter Umständen auch grenzüberschreitend – im Sinne eines gesamtstaatlichen Krisen- und Katastrophenmanagements bestmöglich zusammenarbeiten.

/ Nichtsdestotrotz stimmten Eder der aktuelle Zustand und die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres wenig optimistisch. Er denke, dass das Bundesheer im Falle von wenig

VERSICHERUNGSANGEBOTE FÜR BUNDESHEERBEDIENTETE UND IHRE ANGEHÖRIGEN.

TEAM BUNDESHEER
 Versicherungsexperte Stephan PAUL
 Tel.: 050 350 90-21567
 Fax: 050 350 99-21567
 E-Mail: s.paul@wienerstaedtiche.at
 1210 Wien, Am Spitz 10 (Eingang Schwaigergasse)

WIENER STÄDTISCHE
 VIENNA INSURANCE GROUP

wienerstaedtiche.at
IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

robusten, kleinräumigen Ereignissen einen guten Beitrag zur Krisenbewältigung leisten könne. Je komplexer, herausfordernder und großräumiger die Schadenereignisse jedoch werden, umso kritischer urteilt er. So meinte er, dass die seit Jahrzehnten vernachlässigte konventionelle Landesverteidigung ungenügend ausgeprägt sei. Auch im Bereich der Cybersicherheit gäbe es großen Aufholbedarf.

/ Eder betonte abschließend, dass es daher einer gesamtstaatlichen Bewusstseinsänderung bedürfe und die Umfassende Landesverteidigung zur Gänze neu realisiert werden müsse. So sei ein neuer Landesverteidigungsplan, der alle Aspekte vom staatlichen Krisen- und Katastrophenmanagement bis hin zur militärischen Landesverteidigung umfasse, genauso erforderlich wie ein gesamtstaatliches Lagebild, um ein gemeinsames Bewusstsein für die aktuellen Entwicklungen zu ermöglichen.



Saurugg: „Wenn nicht jeder Einzelne von uns was macht und zumindest 14 Tage ohne Versorgung über die Runden kommt, werden wir kaum Chancen haben.“

Vom Stromausfall zum staatlichen Zusammenbruch?

In den anschließenden Ausführungen von Major Herbert Saurugg, einem ehemaligen Berufsoffizier, der sich seit vielen Jahren mit dem Thema Stromsicherheit und Blackout beschäftigt, konnte verdeutlicht werden, dass sich die Umstände im Bereich der Netzwerkstabilität über die Jahre zwar

deutlich verschlechtert hätten (das bedeutet, dass Instabilitäten aufgrund mangelnder Reserven und Netzsicherheiten wahrscheinlicher geworden sind), jedoch trotzdem das System an sich robuster sei als von ihm seit Jahren angenommen. Das ist jedoch gerade in Krisenfällen keine Garantie! So könnte neben staatlichen, terroristischen und kriminellen Akteuren oft auch einfach die Natur empfindliche Schäden an relevanter Infrastruktur anrichten, die zu großflächigen Systemausfällen führen können. „Das europäische Stromversorgungssystem ist mittlerweile derart instabil, dass hier nur eine Kleinigkeit ausreichen könnte, um einen europaweiten Strom- und Infrastrukturausfall auszulösen!“, so Saurugg.

/ Dabei sind insbesondere die Folgeschäden von erheblicher Bedeutung, sodass eine Wiederherstellung des Systems auf europäischer Ebene bis zu zehn Tage dauern könnte. Das brächte Europa in eine Situation, die – wie Saurugg denkt – „zur größten Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg werden könnte“. Und darauf seien seiner Erkenntnis nach die Einsatzorganisationen nicht ausreichend vorbereitet, weshalb eine deutliche Intensivierung von Übungen – vor allem der erforderlichen Kommunikationsprozesse – von großer Bedeutung sei. Mehr noch seien die privaten Haushalte, aber auch Industrie, Krankenhäuser und andere Produktionseinrichtungen (z. B. von Lebensmitteln) für den Fall einer Krise nicht ausreichend vorbereitet. So führte Saurugg Erkenntnisse aus Untersuchungen an, wonach ein Drittel der Bevölkerung spätestens am vierten Tag und zwei Drittel der Bevölkerung spätestens am siebenten Tag nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu versorgen. Wenn in Folge dessen relevantes Personal in Einsatzorganisationen, Krankenhäusern und bedeutenden Unternehmen fehle, könnten rasch chaotische Zustände entstehen.

/ Für Saurugg ist klar, dass für ein Blackout-Szenario jeder Einzelne auch im Privaten Vorsorge leisten muss: „Wenn nicht jeder Einzelne von uns was macht und zumindest 14 Tage ohne Ver-

sorgung über die Runden kommt, werden wir kaum Chancen haben.“

/ Welche sicherheitspolitischen Konsequenzen sich aus einem Blackout ergeben, hängt insbesondere vom jeweiligen sozialen Gefüge des Gemeinwesens ab. „Wenn es um das gefühlte persönliche Überleben geht, wissen wir nicht, wie die Menschen reagieren.“ So meint er, dass aufgrund heterogener Sozialstrukturen in manchen europäischen Staaten, wie Frankreich oder den Niederlanden, eine Krise durchaus zu einer größeren gewalttätigen Eskalation führen könne. Für Österreich befürchte er das in diesem Ausmaß nicht, attestierte jedoch trotzdem: „Wir sind derzeit nicht widerstandsfähig!“

/ Bezüglich der Rolle des Bundesheeres im Falle eines Blackouts hielt er fest, dass er das Prinzip von Sicherheitsinseln befürworte, jedoch hervorheben muss, dass zwölf Einrichtungen niemals in der Lage sein werden, alle relevanten Einsatzorganisationen – geschweige denn mehr als acht Millionen Menschen – zu versorgen. Um die Robustheit des Systems zu verbessern, unterstrich er vor diesem Kontext, dass das Konzept der Umfassenden Landesverteidigung immer noch gültig, jedoch neu zu denken und auszurichten sei.

/ Gerade der Wehrdienst helfe dabei, ein Bewusstsein für Bedrohungen zu schaffen und den Umgang mit Bedrohungen in der Gesellschaft zu üben. So könnten Soldaten dazu beitragen, dass ein System als Ganzes stabiler ist.

„Zivilschutz heißt Vorsorge!“

Auch Josef Lindner, Geschäftsführer des Oberösterreichischen Zivilschutzverbandes, hob die Bedeutung der zivilen Säule der Umfassenden Landesverteidigung – v. a. Eigenvorsorge und Bevorratung – hervor, weshalb er eindringlich betonte: „Zivilschutz heißt Vorsorge!“

/ Leider hat auch dieser Bereich keine bedeutende Rolle in der öffentlichen Aufmerksamkeit der letzten Jahrzehnte eingenommen. Als Grund kann erkannt werden, dass die Bevölkerung sich gewöhnlich auf die Hilfs- und Einsatzorganisationen gut verlassen kön-

ne und dadurch das Thema Eigenvorsorge erheblich vernachlässige. Lindner betonte deshalb: „Die Schwachstelle ist die nicht vorbereitete Bevölkerung. Jeder muss sich daher in seinem Verantwortungsbereich die Frage stellen, wie gut er informiert ist.“



Lindner: „Die Schwachstelle ist die nicht vorbereitete Bevölkerung. Jeder muss sich daher in seinem Verantwortungsbereich die Frage stellen, wie gut er informiert ist.“

/ Seit einigen Jahren funktioniert die Bewusstseinsbildung diesbezüglich besser, wenngleich die tatsächliche persönliche Vorbereitung auf eine Krise weiterhin mangelhaft erscheint. Und diese könne erhebliche Konsequenzen für das Funktionieren der Ablauforganisationen von Einsatzkräften und Unternehmen haben. „Den Führungskräften macht es Sorge, wenn die Mitarbeiter nicht dementsprechend vorgesorgt haben und am zweiten oder dritten Tag nicht mehr zur Arbeit kommen“, betonte Lindner und warnt vor möglichen Krisen-Dominoeffekten bei Mitarbeitern.

/ Hybride Angriffe zielen zumeist auf die schwächsten Stellen eines Staates, weshalb in diesem Zusammenhang gerade dem Zivilschutz große Bedeutung zukommt. Es besteht deshalb ein deutlicher Handlungsbedarf zur Einbindung der Bevölkerung und zur Bewusstseinsbildung, was auch im Rahmen des Grundwehrdienstes erfolgen sollte.

„Bürger in Uniform muss Verantwortung übernehmen“

Um eine selbstverantwortliche Vorsorge zu garantieren, betonte Brigadier Erich Cibulka abschließend die entscheidende Bedeutung der Aufklärung vor hybriden Bedrohungen und deren Folgen. „Wenn wir nicht selbst unsere Sicherheitsinseln – jeder für sich – schaffen, dann werden wir die Resilienz Österreichs nicht erreichen! Wir müssen in so einer Situation selbst Sicherheitsinsel für das Netzwerk unserer Familien, unserer Nachbarschaft und unserer Unternehmen sein. Zu warten, dass Hilfe kommt, wird zu kurz greifen.“

/ Dabei spielen gerade die Wehrpflicht und die Miliz eine große Rolle: als Bürger in Uniform, der Verantwortung übernimmt und bereit ist, unsere ideellen und materiellen Werte zu verteidigen.

/ Erst durch die Wehrpflicht besteht die effektive Möglichkeit einer breiten Durchdringung der Bevölkerung mit soldatischem Denken. „Wir sind in der Schule der Nation ausgebildet worden, Aktion zu setzen und Verantwortung zu tragen. Das heißt aber auch, vorausschauend zu sein, diese eigene Autonomie und Autarkie in einem hohen Maße herzustellen.“

/ Damit das Bundesheer jedoch eine effektive Schule der Nation sein könne,



Cibulka: „Wir müssen in so einer Situation selbst Sicherheitsinsel für das Netzwerk unserer Familien, unserer Nachbarschaft und unserer Unternehmen sein.“

braucht es eine sinnvolle Ausgestaltung der Wehrpflicht und eine vernünftige Höhe des Verteidigungsbudgets. Brigadier Cibulka betonte deshalb die Notwendigkeit der Wiedereinführung von verpflichtenden Truppenübungen (das sog. System „6+2“) sowie ein Verteidigungsbudget von zumindest 1 % des BIP in der freien Verfügung des Verteidigungsministeriums als Kernforderungen der Plattform WEHRHAFTES ÖSTERREICH.

/ Ansonsten müsse die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres und die Widerstandskraft Österreichs im Falle einer Krise eindringlich in Frage gestellt werden. ✘



ZUR PERSON

Oberleutnant Clemens GÖBL, BSc (WU); geb. 1989, EF 2009/10 WaGtg Jäger, ausgemustert zum Lt 2013; beordert als stv. KpKdt im JgB 19; Vertragsbediensteter im BMLV, Vorstandsmitglied der OG Nö und Mitglied des Generalsekretariats der Plattform WEHRHAFTES ÖSTERREICH

Der österreichische EU-Ratsvorsitz im 2. Halbjahr 2018 – Erfolge aus gesamtstaatlicher und militärischer Sicht

HAUPTMANN MINISTERIALRAT MAGISTER CHRISTOPH MOSER

VORBEMERKUNG

In den Ausgaben Nr. 2 bis 4/18 von „Der Offizier“ stellte der Autor die österreichischen Schwerpunkte und die militärischen Besonderheiten der letztjährigen EU-Ratspräsidentschaft ausführlich dar. Ebenso berichtete er darin eingehend über die im Sommer und Herbst 2018 durchgeführten BMLV-Veranstaltungen. Nun blickt er auf diese vergangenen sechs Monate resümierend zurück. Als Angehöriger der ressortinternen Projektorganisation EU-18 betont er die Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung und vergleicht die aktuell erzielten Erfolge mit den wesentlich bescheideneren Ergebnissen der beiden vormaligen EU-Präsidentschaften 1998 und 2006, an denen er ebenso bereits mitgewirkt hatte.

Was ist in diesem Zusammenhang als „Erfolg“ zu erachten: die verbesserte Einstellung der Österreicher zur EU oder die vielfältigen administrativen Leistungen? In einer von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik Mitte Oktober 2018 in Auftrag gegebenen Umfrage zeigte sich, dass 49 % der Befragten mit dem heimischen Ratsvorsitz „sehr“ bzw. „eher zufrieden“ sind. 23 % gaben an, seit der Präsidentschaftsübernahme „gesteigertes Interesse an EU-Themen“ zu haben. Den Europabarometerdaten vom November 2018 zufolge befanden 40 %, dass die EU im Allgemeinen ein positives Image hat. Dem Anfang Februar 2019 veröffentlichten IMAS-Report mit Langzeittrend ist zu entnehmen, dass 58 % der Interviewten die Mitgliedschaft Österreichs in der EU „sehr“ oder „ziemlich wichtig“ ansahen (Höchstwert seit dem Beitritt am 1. Jänner 1995).



Positive Bilanz über die erbrachten Ressortleistungen durch den Bundesminister für Landesverteidigung, Mario Kunasek

Anfang Dezember 2018 zog der Bundesminister für Landesverteidigung, Mario Kunasek, seinerseits jedenfalls schon eine positive Bilanz über die erbrachten Ressortleistungen. Während dieser halbjährigen Präsidentschaft setzte das BMLV nämlich bemerkenswerte sicherheitspolitische Akzente (z. B. „Außengrenzschutz/ Frontex“, „Westbalkan“, „Europäischer Verteidigungsfonds“ bzw. „PESCO-Projekt CBRN-SaaS“), die jetzt in den zuständigen Ratsgremien weiter vertieft werden. Das Bundesheer unterstützte gekonnt sowohl intern als auch extern und trug dadurch gleichfalls zum siche-

ren/reibungslosen Ablauf der österreichischen Vorsitzführung bei.

Erfolge aus gesamtstaatlicher Sicht (Auszug aus dem Ministerratsbeschluss vom 23. Jänner 2019 betreffend den TOP 43/19, BKA-400.500/0010-TF-EU/2019)

„Österreich hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 2018 zum dritten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU-Ratsvorsitz) inne. Der EU-Ratsvorsitz fand in einem sehr herausfordernden Umfeld statt, da sich die Union und ihre Mitgliedstaaten auf mehreren

Ebenen mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert sahen. Dazu zählen der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, wachsende Spannungen zwischen mehreren Akteuren in den internationalen Beziehungen, ein zunehmend härterer wirtschaftlicher Wettbewerb mit anderen Weltregionen sowie Instabilität und Unsicherheit in einigen Regionen in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU. Auch innerhalb der EU gibt es Spannungen: Gegen zwei Mitgliedstaaten läuft ein Rechtsstaatllichkeitsverfahren und es gibt deutliche Auffassungsunterschiede bei einer Reihe von grundlegenden Fragen zur notwendigen Weiterentwicklung der EU, der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion oder beim Spannungsfeld zwischen europäischer Solidarität und Verantwortung.

Die Bundesregierung stellte sich mit großem Engagement, mit einem klaren Bekenntnis zum gemeinsamen Europa und mit klaren Vorstellungen, was erreicht werden soll, dieser anspruchsvollen Aufgabe. Österreich verfolgte daher von Beginn unter dem zentralen Motto „Ein Europa, das schützt“ ein sehr dichtes Arbeitsprogramm auf allen Ebenen, um im Interesse der Bürgerinnen und Bürger möglichst viele Verhandlungsabschlüsse und Fortschritte in den definierten Prioritäten zu erreichen. Diese Prioritäten umfassten die professionelle Abwicklung des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU, den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2021–2027), Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung, Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans/Südosteuropas an die EU sowie Subsidiarität.

Im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes fanden insgesamt 2.722 Treffen in unterschiedlichsten Formaten und auf unterschiedlichen



Im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes fanden insgesamt 2.722 Treffen in unterschiedlichsten Formaten und auf unterschiedlichen Ebenen statt.

Ebenen statt, darunter:

- 1.551 Treffen von Vorbereitungsgremien des Rates mit österreichischem Vorsitz in Brüssel; dies umfasst Treffen des Ausschusses der Ständigen Vertreter I, II und III (Art. 50) sowie der Ratsarbeitsgruppen
- 511 Treffen von Ratsarbeitsgruppen unter dem Vorsitz des Europäischen Auswärtigen Dienstes
- 161 Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament
- 36 Tagungen des Rates in Brüssel und Luxemburg
- 4 Treffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, darunter der Gipfel in Salzburg am 20. September
- 7 Plenartagungen des Europäischen Parlaments in Straßburg und Brüssel mit Teilnahme des Ratsvorsitzes
- 13 informelle Ministertreffen in Österreich sowie ein informelles Ministertreffen in Brüssel
- 363 Vorsitz-Veranstaltungen, inkl. Vorsitzveranstaltungen Dritter, in Österreich und anderen europäischen Staaten

Die Durchführung eines Ratsvorsitzes hat auch eine wichtige wirtschaftliche Dimension. Durch die Ausrichtung von über 300 Tagungen in Österreich, durch die mit der verstärkten medialen Berichterstattung einhergehende Werbewirkung und die zusätzlichen Besucher profitierte die Wirtschaft in Österreich insgesamt. Nach vorläufigen vom Institut für Höhere Studien erhobenen Zahlen trug der Ratsvorsitz rund 135

Mio. Euro zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt bei. Dadurch wurden 2.305 Arbeitsplätze (in Personenjahren) geschaffen oder gesichert; dies entspricht 1.847 Vollzeitäquivalenten. Gereicht nach der zusätzlichen Wertschöpfung profitierte am meisten der Sektor „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“ mit 27 Mio. Euro, gefolgt vom Sektor „Beherbergung und Gastronomie“ mit 25 Mio. Euro und „Grundstücks- und Wohnungswesen“ mit fast 14 Mio. Euro.

Der österreichische Vorsitz verhandelte aktiv eine Vielzahl von Dossiers und konnte hierbei 53 Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament erfolgreich abschließen, während im Rat zu 75 Vorschlägen Einigungen zur Ratsposition erzielt wurden. Darüber hinaus wurden 56 Schlussfolgerungen und Empfehlungen angenommen. Der Rat traf insgesamt 509 weitere Entscheidungen. Mit dem Europäischen Parlament als Ko-Gesetzgeber wurden des Weiteren 52 Rechtsakte unterzeichnet und somit formell angenommen.“

Erfolge aus militärischer Sicht:

Schwerpunkt „EU-Außengrenzschutz“

In die Debatte zum „EU-Außengrenzschutz“, welche die kommissionsseitig angestrebte Änderung der geltenden „Frontex-Verordnung“ ausgelöst hatte, brachte das BMLV als Diskussionsimpuls die Idee einer Europäisierung

des österreichischen Erfolgsmodells der sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsätze des Bundesheers beim informellen EU-Verteidigungsministertreffen am 29./30. August 2018 in Wien ein. Dieses Modell einer zivil-militärischen Zusammenarbeit im Grenzschutz soll bereits heuer im Rahmen einer Außengrenzschutzübung der CEDC-Staaten in Ungarn praktisch erprobt werden (neben Österreich und Ungarn haben Tschechien, Slowakei, Slowenien und Kroatien ihre Teilnahme zugesagt). Beobachterinteresse haben die fünf Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sowie die zwei EU-Mitgliedstaaten Griechenland und Rumänien bekundet.

Schwerpunkt „Westbalkan“

Zur weiteren Heranführung der Westbalkanländer an die EU und zur Stärkung ihrer Kompetenzen initiierte das BMLV einen entsprechenden „strategischen Dialog“. Dessen Zielsetzung ist es, die Resilienz der südosteuropäischen Staaten künftig zu stärken, vermehrt „Sicherheit zu exportieren“, um nicht „Unsicherheit zu importieren“. Die Verteidigungsminister von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro sowie Ser-



Erstmals seit 2011 sitzen alle relevanten Akteure der Region „Westbalkan“ an einem Tisch und sprechen über Sicherheitsthemen.

bien unterzeichneten dabei die sogenannte „Grazer Erklärung“, ein umfassendes Paket verteidigungspolitischer Maßnahmen zum Aufbau von Grenzschutzkapazitäten, zur Verbesserung der regionalen Katastrophenhilfe und zur Förderung von Eigenbeiträgen für GSPV-Missionen. Nach Dafürhalten aller teilnehmenden Staaten soll der am 26. September 2018 stattgefunden Grazer Westbalkan-Verteidigungsgipfel kein einmaliges Ereignis bleiben, sondern zu einem regelmäßigen Gesprächsformat werden. Weiteres konkretes Ergebnis ist die erfolgte Auftragserteilung für eine Machbarkeitsstudie betreffend die Einrichtung einer Offiziers- und Sicherheitsakademie auf dem Westbalkan durch die Hohe Vertreterin für die GASP, Federica Mogherini.

Schwerpunkt „Umsetzung der EU-Globalstrategie“ (Europäische Verteidigungsforschung/PESCO-Projekt „CBRN-SaaS“)

Das BMLV verhandelte in einer Brüsseler Ratsarbeitsgruppe erstmals alleinverantwortlich einen EU-Legislativvorschlag, nämlich den Verordnungsentwurf für den Europäischen Verteidigungsfonds. Die politische Einigung auf einen solchen mit 13 Mia. Euro dotierten Fonds fand bei der Tagung des Rats Auswärtige Angelegenheiten im Format der EU-Verteidigungsminister (19./20. November 2018) mittels einer „partiellen allgemeinen Ausrichtung“ statt. Durch Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds werden erstmalig die gemeinsame Verteidigungsforschung und die Ent-

wicklung von Verteidigungsfähigkeiten durch EU-Finanzmittel gefördert. Impulse für die strategische Autonomie der Union und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie sind davon zu erwarten.

Zeitgleich erteilte die EU an Österreich den Zuschlag für die Leitung eines PESCO-Projekts als ABC-Sensorik (CBRN-Surveillance as a Service, CBRN-SaaS), das ab sofort gemeinsam mit Slowenien, Ungarn, Kroatien und Frankreich umgesetzt werden soll. Dabei werden neue Methodiken zum Aufspüren atomarer, biologischer und chemischer Kampfstoffe zu Luft, Wasser und Land zusammengeführt.

Unterstützendes

Offenen Quellen zufolge wurden – zum Schutz verschiedener EU-Gipfeltreffen in Österreich – seitens des Bundesheers im 2. Halbjahr 2018 sechs militärische Luftraumsicherungsoperationen durchgeführt und die hierfür eingesetzten Sicherheitskräfte mit ABC-Abwehr- und Drohnenabwehr-

Eurofighter schützen den Luftraum während des EU-Ratsvorsitzes.



spezialisten verstärkt (die laufenden Assistenzeinsätze gemäß § 2 Abs. 1 lit. b und c WG 2001 blieben davon jedoch unberührt). Dabei standen bis zu 2.500 Soldaten, 300 Kraftfahrzeuge und 25 Luftfahrzeuge im Einsatz, bei 18 von 37 Verletzungen der temporären

Luftraumbeschränkungsgebiete waren luftfahrtrechtliche „Alarmstarts“ auszulösen. In Kraftfahrerfunktion erbrachten rund 150 besonders geschulte Soldaten mehr als 86.000 Arbeitsstunden, sie legten dabei beinahe 860.000 Kilometer zurück. ✕

SCHLUSSBEMERKUNG

Nachdem am 4. Dezember 2018 in Wien als letzte BMLV-Großveranstaltung eine Expertendiskussion (über die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik und Resümee: „Wir ziehen Bilanz: Was haben wir erreicht und wie geht es nun weiter?“) stattgefunden hatte, sprach Bundesminister Kunasek am 17. Dezember 2018 in Wien jedem Angehörigen der ressortinternen Projektorganisation EU-18 persönlich „Dank und Anerkennung“ aus. Alle vorstehend erwähnten, vom BMLV führend protegierten europäischen Themenstellungen, vorrangig die Westbalkaninitiativen, werden weiterhin Gegenstand vielfältiger Ressortbefassungen sein (rechtlich, militärpolitisch, einsatzbezogen oder im Gefolge der Zuständigkeit für die österreichischen Belange der Europäischen Verteidigungsagentur), das nötige Know-how dafür ist vorhanden. Diese Form von „Nachhaltigkeit“ im militärspezifischen Segment unterscheidet die 2018er-Präsidentschaft Österreichs deutlich von ihren zwei Vorgängervorsitzführungen, weil die GASP/GSPV damals noch gänzlich anders normiert/strukturiert gewesen ist.

Die langfristige Vorbereitung von BMLV und Bundesheer auf das erwartbare „Pflichtprogramm“ dieses EU-Ratsvorsitzes eröffnete dem Ressort die Möglichkeit, sich kurzfristig noch der „Kür“ widmen zu können – alle im Vorhinein bekannten „Hausaufgaben“ waren rechtzeitig erledigt worden und unvorhersehbare Ereignisse mussten nicht bewältigt werden. Die ressourcenmäßige Ausgestaltung von EU-18 (Personal und Geldmittel) basierte auf Erfahrungen aus den beiden bisherigen EU-Präsidentschaften der Jahre 1998 und 2006 bzw. auf Ableitungen aus dem aktuellen „Trio-Präsidentschaftsprogramm“ – sie hat sich augenscheinlich bestens bewährt und könnte somit Vorbild für ein allfälliges Nachfolgeprojekt beim vierten heimischen Vorsitz sein (erst nach dem Jahr 2030, der genaue Zeitraum muss durch Ratsbeschluss noch festgelegt werden!)



ZUR PERSON

Hptm MinR Mag. Christoph Moser

ist mit der Führung beauftragter Leiter der Abteilung für Fremdlegislative und internationales Recht im BMLV und seit 33 Jahren Mitglied der OGW, davon lange im Vorstand und Leitungsstab des Präsidenten aktiv.



Verteidigungsminister Mario Kunasek und die Hohe Vertreterin für die GASP, Federica Mogherini



Paneldiskussionen zu den Themen „Westbalkan“ und „Europäischer Verteidigungsfonds“ wurden in der österreichischen Militärvertretung abgehalten.

Verteidigungsminister Kunasek übergibt „Hägglands“ und „Dingo“ an die Truppe



Der „Hägglands“ ist ein Gefechtsfahrzeug für die Gebirgstruppe und ermöglicht den geschützten Transport der Soldaten bei Einsätzen im Hochgebirge und abseits von Straßen.

Am 21. Februar 2019 übergab Verteidigungsminister Mario Kunasek im Rahmen eines militärischen Festaktes in der Andreas-Hofer-Kaserne in Absam, Tirol, die neuen Gefechtsfahrzeuge „Hägglands“ an die 6. Gebirgsbrigade. Insgesamt werden 32 Fahrzeuge des Typs „Hägglands“ beschafft. Das Fahrzeug ist speziell an die Bedürfnisse der österreichischen Gebirgstruppe angepasst. „Mit dem ‚Hägglands‘ erhält die Gebirgstruppe erstmals ein Gefechtsfahrzeug, welches den geschützten Transport der Soldaten bei Einsätzen im Hochgebirge und abseits von Straßen ermöglicht. Wir beleben damit unsere Kernaufgabe, die militärische Landesverteidigung“, so Kunasek.

Der „Hägglands“ dient zum Transport der Gebirgstruppe, als bewegliche Befehlsstelle, zur Gefechtsfeldbergung verwundeter Soldaten und zum Gerätetransport. Das moderne Gefechtsfahrzeug bietet Schutz gegen Flachfeuer, Minen und atomare, biologische und chemische Bedrohungen. Die gepanzerten Transportfahrzeuge sind hochbeweglich, da sie aus zwei Kabinen bestehen, die über ein Gelenk miteinander verbunden sind. Angetrieben wird der „Hägglands“ mit einem Raupenantrieb an beiden Fahrzeugteilen und einem 285 PS starken Turbodieselmotor. Aufgeteilt werden die Gefechtsfahrzeuge auf das Jägerbataillon 23 in Bludesch, das Jägerbataillon 24 in Lienz, das Jägerbataillon 26 in Spittal an der Drau und das Pionierbataillon 2 in Salzburg.

Für jedes Bataillon sind acht Stück geplant. Der Zulauf soll bis Ende 2019 abgeschlossen sein. Die Kosten belaufen sich auf rund 85 Millionen Euro einschließlich Bewaffnung und Zusatzausrüstung wie etwa Funkausrüstung, ABC-Schutz, Schneeflug, Seilwinden oder Brandunterdrückungsanlagen. Hergestellt wird der „Hägglands“ von der Firma BAE Systems in Schweden. Das Gefechtsfahrzeug kann bis zu elf Personen transportieren. Die Knicklenkung ermöglicht es, das System mit einem besonders geringen Radius zu manövrieren. Das Rundum-Kamerasystem bietet ein 360-Grad-Sichtfeld vom geschützten Innenraum aus. Bewaffnet ist das Gefechtsfahrzeug mit einem 12,7 mm überschweren Maschinengewehr. Dieses lässt sich aus dem Fahrzeugin-



Der „Dingo“ 2 ermöglicht den sicheren Transport von Soldaten unter Beschuss- und Minenbedrohung und kann u. a. im Transportflugzeug vom Typ C-130 „Hercules“ verladen werden.

nenraum bedienen. Zusätzlich lässt sich ein Schneeschild anbringen, um Wege befahrbar zu machen. Ein Anhänger mit einer Nutzlast von 1.500 Kilogramm kann am hinteren Wagen angekoppelt werden.

Dingo 2

Am 12. Februar 2019 übergab Verteidigungsminister Mario Kunasek in Zwölfaxing das neu beschaffte Allschutzfahrzeug „Dingo“ 2A3 an das Jägerbataillon 33 und damit an die 3. Jägerbrigade. Mit einem Beschaffungsvolumen von 76 Millionen Euro wird die „Dingo“-Flotte auf insgesamt 99 Fahrzeuge erweitert. Bei diesem Fahrzeug der Firma Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG handelt es sich um ein splitter- und minengeschütztes Räderfahrzeug, welches den sicheren Transport von Soldaten unter Beschuss- und Minenbedrohung ermöglicht. Verteidigungsminister Kunasek betonte die Notwendigkeit dieser Anschaffung zur Aufgabenerfüllung im Rahmen der militärischen Landesverteidigung und der sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsätze. Er dankte dem Bataillon für die geleisteten Einsätze, insbesondere für die Unterstützung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft 2018. (BMLV/Red. ÖÖG) ✕

Danke, dass wir wieder Soldatin oder Soldat sein dürfen

HON. PROFESSOR BRIGADIER DR. HARALD PÖCHER

Ein Jahr nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die türkisblaue Koalition ist bereits vieles bei dem österreichischen Bundesheer verschwunden Geklaubtes wiederentdeckt worden. Grund genug, nachzusehen, ob sich beim Österreichischen Bundesheer bereits eine Trendwende bemerkbar macht.

Nach dem Ende des Kalten Krieges zu Beginn der 90er-Jahre gingen die Politiker in fast allen Ländern in Europa in Bezug auf ihre Einstellung zu Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik äußerst irrational vor. Dies gilt insbesondere für die Neuausrichtung der Streitkräfte, welche, im Lichte der heutigen Entwicklungen, als vorsätzlich schädlich oder zumindest als grob fahrlässig angesehen werden muss, jedoch damals als großartiger Beitrag für den Frieden hochgejubelt wurde. Die damals politisch Verantwortlichen – beraten durch einige willfährige Militärs – haben, auch im Lichte der damals geltenden Rechtslage (die Aufgabenstellung „militärische Landesverteidigung“ als Kernauftrag des Österreichischen Bundesheeres war damals wie heute geltendes Recht), die falschen Dinge getan. Sie haben also gegen das Effektivitätsgebot („die richtigen Dinge tun“) verstoßen und, nicht nur das, sie haben auch gegen das Effizienzgebot („die Dinge richtig tun“) verstoßen, da sie die falschen Dinge mit einem hohen Wirkungsgrad umsetzen ließen und dadurch viel Steuergeld nicht zweckmäßig und daher auch unwirtschaftlich eingesetzt wurde.

Die politische Verantwortung für dieses fehlgeleitete Handeln wurde niemals eingefordert, da es offensichtlich dem Großteil der Österreicherinnen und Österreicher nur entgegengekommen war, dass damals für das Bundesheer wenig Geld ausgegeben wurde und man Gelder eher publikumswirksamer ausgeben konnte, beispielsweise für Sozialzuwendungen, welche das Herz jedes einzelnen Empfängers hochjubeln lassen.

Zur Erinnerung, was damals mit den Streitkräften geschah, erlaubt sich der Autor im Zeitraffer darzustellen, was damals so passierte: Es wurden die damaligen Massenheere personell und materiell großzügig abgerüstet, das Wehrsystem in vielen Staaten von der



Ab 1998 wurden die Panzer eingemottet, später verkauft.

EVN

joulie
macht
Photovoltaik
smart.

Jetzt
KLIEN
Förderung
sichern!

joulie.at

* KLIEN Förderung 2019 bereits berücksichtigt. Preis gültig, solange die Fördergelder reichen. Preis inklusive Montage und joulie Energiemanagement-System.

TABELLE: Gegenüberstellung des Personals und Materials des Österreichischen Bundesheeres 1990 bis 2018*

	1990	2018
Aktivkader	ca. 44.000 (einschließlich Rekruten)	ca. 26.000 (einschließlich Rekruten)
Miliz	ca. 240.000	ca. 30.000
Granatwerfer	551 Stk. 8,1 cm 80 Stk. 10,7 cm 200 Stk. 12 cm	- - 85 Stk. 12 cm
Panzerabwehr- geschütze	446 Stk. 10,6 cm rPAK 240 Stk. 85 cm PAK Zahlreiche in festen Anlagen eingebaute Panzerkanonen 38 Panzerabwehrlenkraketen „Bill“	- - - 82 Stk. Panzerabwehrlenkraketen „Bill“
Mittlere und leichte Kampf- panzer	159 Stk. M-60 A3 - 225 Stk. JaPz „Kürassier“	- 56 Stk. „Leopard 2 A4“ -
Schützenpanzer	460 Stk. Mannschaftstransportpanzer „Saurer“	112 Stk. Kampfschützenpanzer „Ulan“
Artillerie	108 Stk. Leichte Feldhaubitzen gezogen 24 Stk. Schwere Feldhaubitzen gezogen 24 Stk. Schwere Feldkanonen ortsfest 54 M-109A2 auf Selbstfahrlafette	- - - 30 Stk. M-109 A5Ö auf Selbstfahrlafette
Fliegerabwehr	92 Stk. 35 mm Zwillings-Fliegerabwehrkanonen 600 Stk. 20 mm Fliegerabwehrkanonen 38 Stk. 40 mm Fliegerabwehrkanonen -	30 Stk. 35 mm Zwillingsfliegerabwehrkanonen - - 30 Stk. Fliegerabwehrlenk Waffen „Mistral“
Kampfflugzeuge	24 SAAB J-35 Oe DRAKEN - 38 SAAB 105 Oe	- 15 Stk. „Eurofighter“ 18 Stk. SAAB 105 Oe
Sonstige Flächenflug- zeuge	16 Stk. PC-7 „Turbo-Trainer“ 11 Stk. PC-6 „Turbo-Porter“ 2 Stk. Leichte Transportflugzeuge Skyvan 14 Stk. SAAB 91 D - -	12 Stk. PC-7 „Turbo-Trainer“ 6 Stk. PC-6 „Turbo-Porter“ - - 3 Stk. Transportflugzeuge C-130 „Hercules“ 4 Schulflugzeuge DA-40
Hubschrauber	12 Stk. OH-58 „Kiowa“ 23 Stk. AB-212 24 Stk. „Alouette III“ 12 Stk. AB-206 „Jet Ranger“ -	10 Stk. OH-58 „Kiowa“ 23 Stk. AB-212 24 Stk. „Alouette III“ - 9 Stk. S-70 „Black Hawk“

* Quelle: The Military Balance 1991/92 und Truppendienst

Wehrpflicht in reine Freiwilligenstreitkräfte geändert. Des Weiteren redete man der Bevölkerung ein, dass es innerhalb der nächsten Dekaden keine konventionelle Bedrohung geben wird und es daher keinen Sinn macht, den Erhalt von starken Streitkräften zu finanzieren. Die Folge davon war eine „Konstabilisierung“ der Streitkräfte, d. h. man entzog den Streitkräften ihren Hauptauftrag, die militärische Landesverteidigung, durch massives Abrüsten und degradierte sie zu einem besseren technischen Hilfswerk, zu Friedensaposteln im Auslandseinsatz und zu einer Art Hilfspolizei bei Einsätzen im Inland als Assistenz für die reguläre Exekutive (Polizei). Zur visualisierten Veranschaulichung dieses Einsparungswahns siehe auch die Tabelle (Gegenüber-

stellung des Personals und Materials des Österreichischen Bundesheeres 1990 bis 2018).

/ Lediglich durch den Zulauf der 112 Kampfschützenpanzer Ulan und der Fliegerabwehr lenkwaffe Mistral gab es einen punktuellen Zuwachs an Kampfwert.

/ Die wohl stärkste Demontage des Österreichischen Bundesheeres ging mit der rücksichtslosen Reduktion der Miliz einher. Mit dem nunmehr vorhandenen Personal und den Waffensystemen ist eine in allen Facetten ernstzunehmende militärische Landesverteidigung nicht mehr möglich.

/ Neben der Reduktion von Personal und Material kam es auch zur Reduktion von Übungsvorhaben. Gerechtfertigt wurde diese Reduktion durch



Zuwachs an Kampfwert durch Zulauf des Kampfschützenpanzers Ulan

das fehlende Geld für Flottenkilometer Land und Luft sowie die Auszahlung von Überstunden und durch die ja gegebene Möglichkeit des Übens am Simulator. Weltweit gibt es ein Sprichwort, wonach die Universität des Soldaten das Gelände sei. Am Simulator kann man durchaus bestimmte Fähigkeiten schulen, aber das Führen von Verbänden und Teileinheiten bis hinunter zum Trupp kann am effizientesten im Gelände unter realistischen Annahmen trainiert werden. Als voll ausgebildet kann man Soldaten und militärische Führer nur dann ansehen, wenn sie in allen Kampfarten mit Übungsmunition, aber auch mit scharfer Munition im freien Gelände auf Gegenseitigkeit geübt haben. Junge Kameradinnen und Kameraden staunen oft, wenn wir Älteren von der Zeit erzählen, als im Raumverteidigungskonzept während des Kalten Krieges noch groß angelegte Übungen durchgeführt und zum Abschluss derartiger Übungen im freien Gelände auch im scharfen Schuss sehr realitätsnahe Gefechtsszenarien durchgeübt wurden.

/ Mit der Amtsübernahme durch Mario Kunasek und seiner Antrittsrede wurde klar, dass das Österreichische Bundesheer wieder zu dem

Instrument werden soll, was es kraft seiner Aufgabenstellung während des Kalten Krieges auch war, nämlich jenes starke Schwert, welches im Rahmen der militärischen Landesverteidigung die Souveränität der Republik Österreich zu gewährleisten hat. Mit diesem Bekenntnis wurden im Laufe des letzten Jahres nicht nur die Leuchtturmprojekte auf Schiene gesetzt, sondern es gab auch die erste Finanzspritze zum Ankauf neuer Hubschrauber, und es wird auch die umfassende Landesverteidigung, adaptiert auf die Bedürfnisse der anstehenden Probleme, wiederbelebt sowie die Miliz gestärkt, damit es wieder mehr Freude macht, mit Volltruppe üben zu können. Alles zusammen hat auch einen Imagegewinn des Soldatenberufs in der Bevölkerung mit sich gebracht und damit die Rekrutierungszahlen für eine Kaderfunktion bereits steigen lassen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Elan anhält und auch der Finanzminister bereit ist, dem Regierungsübereinkommen entsprechend, das Notwendige an mehr Geld für das Bundesheer zur Verfügung zu stellen.

/ Eines kann man aber mit Recht: „Danke, dass wir wieder Soldatin oder Soldat sein dürfen!“ ✕



ZUR PERSON

Hon. Professor Brigadier Dr. Harald Pöcher ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLV.

Sicherheitspolitischer Jahresauftakt

Am 18. Jänner 2019 konnte die Direktion für Sicherheitspolitik des Verteidigungsministeriums auch heuer wieder zahlreiche Vertreter aus der Politik, dem Bundesheer sowie nationale und internationale Experten zum Sicherheitspolitischen Jahresauftakt 2019 begrüßen. Im Zuge des Auftakts im Festsaal des Verteidigungsministeriums, bei dem die diesjährige Ausgabe der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau vorgestellt wurde, erörterte Verteidigungsminister Mario Kunasek mit seinen Amtskolleginnen aus Deutschland und der Schweiz, Ursula von der Leyen und Viola Amherd, die wesentlichen sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen auf europäischer Ebene und die für das Österreichische Bundesheer und andere Streitkräfte abgeleiteten verteidigungspolitischen Handlungserfordernisse.

Handlungsfähige Europäische Union

„Eine handlungsfähige Europäische Union erfordert auch eine handlungsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, betonte Minister Kunasek bei seinen Ausführungen. Er unterstrich zudem die Bedeutung des österreichi-



V. l.: Viola Amherd, Ursula von der Leyen und Mario Kunasek

schon Assistenzmodells, das Österreich auch für eine Anwendung auf europäischer Ebene als sinnvoll erachte. Für Österreich ist zudem der Westbalkan weiterhin eine klare sicherheitspolitische Priorität. Aber auch ein verstärktes Engagement in Afrika, vor allem mit Blick auf die illegale Migration, wird zukünftig für Europa von Bedeutung sein. Daher würde nicht nur der erfolgreiche Dialog mit den Westbalkanpartnern auf Ministerebene fortgesetzt, sondern auch das österreichische Engagement in Westafrika, insbesondere in Mali intensiviert. Dies sei angesichts weiterer erwartbarer Migrationsströme unerlässlich, so der Verteidigungsminister.

Die Schweizer Verteidigungsministerin, Bundesrätin Viola Amherd, strich in ihrer Rede die Bedeutung der regelmäßigen Veröffentlichung einer Sicherheitspolitischen Jahresvorschau am Beispiel Österreichs hervor. „Zum einen: Mit einem solchen Vorgehen wird sichergestellt, dass regelmäßig und fortlaufend eine Lagebeurteilung vorgenommen wird“, und „zum anderen wird eine breite und öffentliche Diskussion des Themas Sicherheit ermöglicht und gefördert“, so Amherd.

Die deutsche Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen, betonte insbesondere die Notwendigkeit der Stärkung der europäischen Verteidigungsunion. Denn das sei, „was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten: ein Europa, das schützt. Das heißt für uns Verteidigungspolitiker aber auch, dass wenn wir handeln wollen, wir auch handeln können.“ In diesem Sinne sei es unabdingbar, die eu-

ropäische Verteidigung zu verbessern, Prozesse, Beschaffung und Taktiken zu harmonisieren und so letztlich eine „Armee der Europäer“ aufzustellen. Nur so könnten weitere Herausforderungen für die europäische Sicherheit gemeistert werden, so die Ministerin. Klar ist für von der Leyen dabei aber auch, dass die jeweilige nationale Entscheidungssouveränität erhalten bleiben muss.

Weiterhin krisenhaftes Umfeld

Die Sicherheitspolitische Jahresvorschau wird jährlich durch die Direktion für Sicherheitspolitik veröffentlicht. Diese Publikation, in der zahlreiche österreichische und internationale Expertinnen und Experten die Sicherheitslage Österreichs und Europas analysieren, leistet einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Bewusstseins und zur tieferen Einsicht in die Notwendigkeiten militärischer und umfassender Sicherheitsvorsorge.

Die Jahresvorschau 2019 und insbesondere das in ihr vorgestellte Trend Szenario zeigen, dass das Konfliktpotenzial in der Umgebung Österreichs und der EU unvermindert hoch ist. Auf globalstrategischer Ebene zeichnen sich zusehends Elemente einer multipolaren Konfrontation zwischen den Großmächten ab. Dies ist eine Situation, in der die sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen stetig wachsen und eines integrierten und robusten Engagements der europäischen Streitkräfte bedürfen. (BML) ✕



Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2019

Umfassende Landesverteidigung in Zeiten großer Umbrüche

Eine kritische systemische Betrachtung

MAJOR HERBERT SAURUGG, MSC

Der Generalstabschef, Mag. Robert Brieger, hat eine verstärkte Fokussierung auf die militärische Landesverteidigung und auf die Kernaufgaben des Bundesheeres angekündigt. Der budgetäre Rahmen des Österreichischen Bundesheeres lässt weiterhin kaum Spielraum zu. Beim bestehenden Investitionsstau stellt das Sonderbudget Luft nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Ein weiteres Sonderpaket für die Miliz könnte kommen. Ein drittes würde für die Realisierung des Leuchtturmprojekts „Sicherheitsinseln“ benötigt. Ob die Forderung des Herrn Bundespräsidenten, den verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres wiederherzustellen, realistisch ist, werden die nächsten Monate zeigen. Wie könnte daher eine militärische Landesverteidigung unter diesen Rahmenbedingungen und in Anbetracht massiver Umbrüche aussehen? Der Autor stellt dazu eine kritische systemische Betrachtung an.

Der Begriff „hybride Bedrohungen“ versucht seit einigen Jahren die neue

Unordnung zu beschreiben. Bei genauerer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass viele Dinge nicht ganz so neu sind. Auch im Kalten Krieg gab es verschiedene Dimensionen der Konflikt- und Kriegsführung. Das, was neu ist, sind die heutige Vernetzung und die damit verbundenen Möglichkeiten der Beeinflussung. Denn schon Sunzi wusste: „Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen.“

Besonders präsent sind etwa Cyberangriffe und Fake News. Gleichzeitig laufen wir aber Gefahr, andere Dinge zu übersehen, wenn wir uns zu sehr auf mögliche Akteure fokussieren.

Infrastrukturelle Verwundbarkeit

So sind etwa durch die Vernetzung unsere infrastrukturellen Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten ebenfalls rasant angestiegen. Dabei steht die ganz große Vernetzung (Stichworte wie Digitalisierung oder Internet of Things) noch bevor. Dazu haben wir aber bisher kaum Antworten, außer dass eh

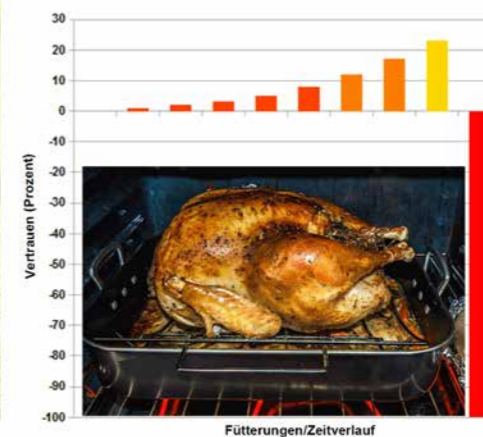
noch nichts Gravierenderes passiert ist. Das ist aber eine gefährliche Truthahnillusion. Ein Truthahn, der Tag für Tag von seinem Besitzer gefüttert wird, nimmt aufgrund seiner täglich positiven Erfahrung an, dass die Wahrscheinlichkeit, dass etwas gravierend Negatives passiert, von Tag zu Tag kleiner wird. Sein Vertrauen steigt mit jeder positiven Erfahrung (Fütterung). Am Tag vor Thanksgiving (bei dem traditionell die Truthähne geschlachtet werden) erlebt er allerdings eine fatale Überraschung.

Ein europaweiter Strom- und Infrastrukturausfall

Das zentrale Szenario Blackout, also ein europaweiter Strom- und Infrastrukturausfall, wurde bereits in „Der Offizier“ ausführlicher behandelt. Auch hier hat sich die Lage nicht geändert. Das System ist durchaus robuster als erwartet. So wie jedoch die Entwicklungen bisher auf europäischer Ebene verlaufen und in den nächsten fünf Jahren absehbar sind, sollten wir aber nicht davon ausgehen, dass uns das Glück weiterhin treu bleiben wird. Unser Vorbereitungsgrad hat sich kaum verbessert. Wir steuern hier ungebremst auf die größte Katastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg zu. Auch deshalb, weil sich niemand so richtig für dieses Szenario in seiner Gesamtheit zuständig und verantwortlich fühlt. Natürlich gibt es Überlegungen und Vorbereitungen in einzelnen Bereichen. Diese können jedoch nicht mit dem Umfang des zu erwartenden Szenarios mithalten. Und der wesentlichste Akteur, die Bevölkerung, ist nach wie vor kaum informiert noch vorbereitet. ➤



© AUTOR/PIKABAY



Nicht das einzige Szenario

Ein Blackout ist natürlich nicht das einzige Szenario, das uns in dieser Dimension treffen kann. Aber wenn man sich mit diesem Szenario beschäftigt und sich darauf vorbereitet hat, kann man so gut wie jedes andere auch bewältigen. Denn kaum woanders kommt es derart abrupt und weitreichend zum Ausfall aller Infrastrukturen. Ein anderes Ereignis, das uns laut Wissenschaft zu einhundert Prozent treffen wird, ist eine Pandemie. Auch hier wird es zu enormen Versorgungsengpässen kommen, wenn reihenweise Personal ausfällt und unsere hoch optimierten Logistikketten auseinanderbrechen. Ja sogar ein Blackout ist möglich. Denn die Personaldecke ist auch in diesem Bereich nicht sehr dick. In Kombination mit den zunehmenden Herausforderungen im täglichen Netzbetrieb ist das daher alles andere als unmöglich.

Versorgungsunterbrechungen

Daher geht bereits heute und noch mehr in Zukunft die größte Gefahr für unsere moderne Gesellschaft von weitreichenden Versorgungsunterbrechungen aus. Egal, wodurch diese ausgelöst werden. Denn unsere hoch optimierten Just-in-Time-Prozesse vertragen keine größeren Störungen. Das betriebswirtschaftliche Gewinnstreben ist in vielen Bereichen nur mehr durch Effizienzsteigerung in Form von der Reduktion von Reserven und Redundanzen bzw. Personal möglich. Damit fehlt bereits heute in vielen Bereichen die überlebenswichtige Robustheit bzw. ausreichend qualifiziertes Personal, um nach einer Großstörung die Systeme wieder rasch hochfahren zu können. Auch im Österreichischen Bundesheer hat sich das in den vergangenen Jahren deutlich niedergeschlagen.

Vernetztes Denken und Handeln

Die neue Bedrohungslage lässt sich kurz zusammenfassen: Hoch vernetzt und viele wechselseitige Abhängigkeiten auf der einen Seite und, etwas überspitzt ausgedrückt, auf der ande-

ren Seite klassische durchaus bewährte hierarchische Strukturen und „Silos“, die mit der Geschwindigkeit der neuen Entwicklungen und Veränderungen nicht mithalten können. Denn diese erfordern ein hochgradig vernetztes und systemisches Denken und Zusammenwirken sowie eine rasche Anpassungsfähigkeit. Wobei das natürlich nicht pauschal gilt. Sicher gibt es auch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen. Sie entspricht nur oft noch nicht ganz den Herausforderungen, die hier auf uns zukommen. Und in der Regel wird die Bevölkerung außen vorgelassen, wie auch eine wissenschaftliche Untersuchung zur Resilienz Österreichs zu Tage geführt hat. Eigentlich sollten sich aber die Bemühungen des Staates und seiner Akteure um die Bevölkerung drehen, und zum anderen ist gerade bei großen Umbrüchen und Ereignissen die Bevölkerung der wesentliche Akteur.

Die von uns durch Vernetzung geschaffene Komplexität kann nur mit einer ebenso hohen organisatorischen Komplexität gesteuert werden. Hierarchien sind auf keinen Fall obsolet. Aber im Umgang mit Komplexität müssen diese flexibler und anpassungsfähiger gestaltet werden. Eine unvollendete Reform nach der anderen zeigt, dass

so das Problem offensichtlich nicht zu lösen ist. Wobei das für Offiziere nicht ganz neu sein sollte: Truppeneinteilungen oder der Kampf der verbundenen Waffen sind eigentlich ein Beispiel für vernetztes Denken und Handeln! Nur geht es heute nicht nur mehr um Waffensysteme und klar definierte Gegner.

Künstliche Intelligenz

Ein neues Themenfeld, das sich gerade auftut und einige negative Nebenwirkungen mit sich bringen wird, ist Künstliche Intelligenz (KI). Vielfach versteckt sich dahinter nur Marketing, was aber nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass es sehr wohl auch schon fortgeschrittene Systeme gibt. Sicherheitspolitisch sind dabei zwei Themenfelder von besonderer Relevanz: Deepfake und KI als Cyberangriffswaffen.

Die Fotofälschungen sind ein alter Hut. (Live) Video und Audio galten bisher noch als weitgehend vertrauenswürdig. Doch das ändert sich gerade. Deepfake bezeichnet die Möglichkeit, Video- und Audiostreams in Echtzeit zu fälschen. In Zusammenhang mit der raschen Eskalationsfähigkeit in Sozialen Medien kann hier eine Kettenreaktion mit nicht vorhersehbaren Folgen ausgelöst werden. Dabei muss gar keine Absicht dahinterstecken. In politisch labilen Zeiten und hoher Aktionismus-

bereitschaft („Twitter-Präsident“) kann eine kleine Ursache weitreichende geopolitische und wirtschaftliche Folgen auslösen.

Künstliche Intelligenz soll zur Erhöhung der Cybersicherheit beitragen. Viel wahrscheinlicher erscheint jedoch, dass KI deutlich früher und weitreichender auf der dunklen Seite zur Anwendung kommt. Denn da müssen weder Qualitäts- oder Ethikstandards noch ein Datenschutz berücksichtigt werden. Es geht nur darum, Dinge schneller und besser als mit den bisherigen Methoden zu erreichen. Zudem gibt es keine gesellschaftliche Verantwortung. Das birgt einiges an Sprengkraft.

KI-Systeme sind nicht-lineare Systeme. Das bedeutet, man kann nicht vorhersehen, wohin sie sich wirklich entwickeln und was sie genau machen. Schon gar nicht, wenn sie nicht nur für einen klar eingegrenzten Bereich eingesetzt werden. Wobei wir noch weit von einer Maschinenherrschaft

(„Superintelligenz“) entfernt sind. Aber es reichen bereits Täuschungen, die zu menschlichen Fehlentscheidungen führen, um weitreichende Folgen auszulösen. Siehe Deepfakes.

Die geplante europäische Regulierung wird diese Entwicklungen wohl kaum aufhalten können. Hier kommen bisher bewährte Denkmuster zum Einsatz, die aber bei den neuen Rahmen-

bedingungen kaum Wirkung zeigen werden. Ganz abgesehen davon, dass die möglichen Angriffswerkzeuge von ganz woanders herkommen werden.

Afrika

Ein ganz anderes Thema ist das Bevölkerungswachstum in Afrika. Hier wird eine Verdoppelung der Bevölkerung bis 2050 erwartet. Das bedeutet

Sicht auf Afrika aus dem Weltraum



© NASA/GEMINFREI

Jederzeit einsatzbereit. Wir unterstützen Sie – mit unseren MRO Services.



Technologisches Know-how, jahrelange Erfahrung, herausragende Kompetenz: Als zuverlässiger Technologiepartner bietet RUAG ein breites Spektrum an MRO Services – von Elektronik, Hydraulik, Mechanik bis zu Optronik.



Together ahead. **RUAG**

© FASRESEARCH

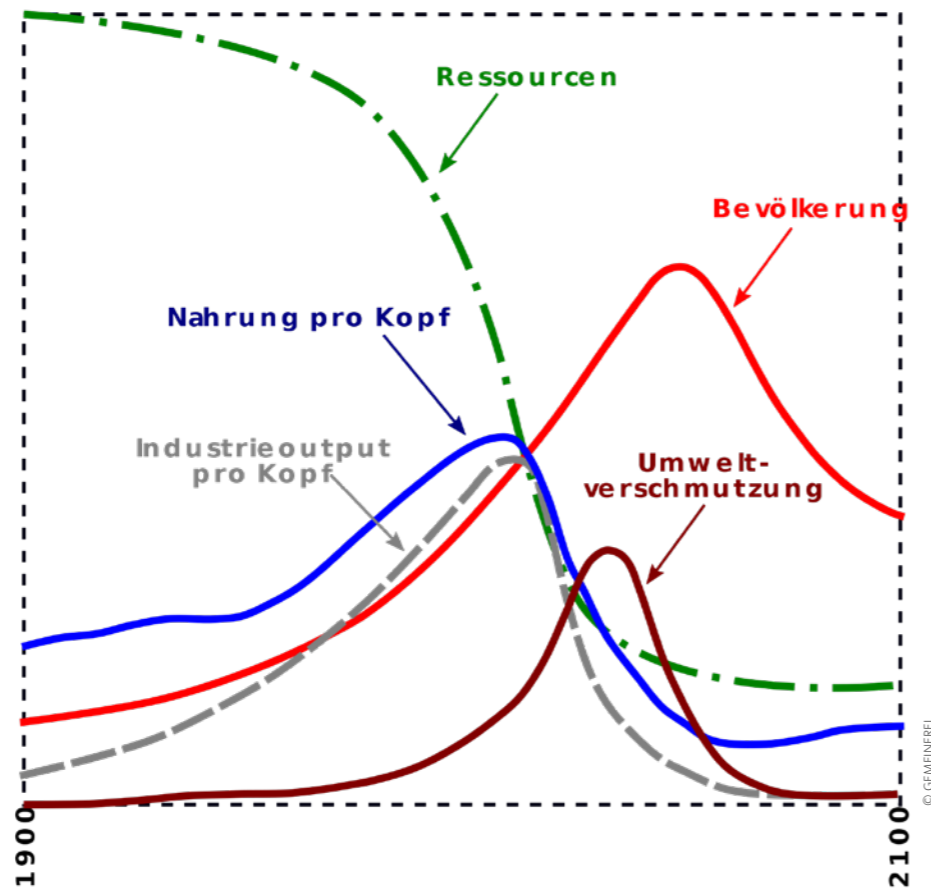
einen Anstieg von rund 1,2 auf 2,5 Milliarden Menschen. Bereits heute müssten pro Jahr 20 Millionen neue Jobs geschaffen werden, um vor allem die jungen Männer zu beschäftigen und ein vernünftiges Leben zu ermöglichen.

/ Hier ist ein enormes Pulverfass entstanden, das mit unseren bisherigen Denkansätzen nicht beherrschbar sein wird. Dass die europäische Sicherheit unmittelbar davon abhängt, muss nicht weiter ausgeführt werden.

Die Grenzen des Wachstums

Mit dem Handeln hätte man jedoch bereits vor 50 Jahren beginnen müssen. Denn die Folgen wurden bereits 1972 sehr klar im Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt, auch dass diese Entwicklung in Kombination mit der steigenden Ressourcenübernutzung und Umweltverschmutzung noch in diesem Jahrhundert zu einem globalen Kollaps führen wird. Unser seit damals nicht geändertes bzw. sogar deutlich verschärftes Wachstumsparadigma entspricht im Wesentlichen dem damals festgelegten Standardweltmodell. Bei diesem ist zu erwarten, dass es bereits im nächsten Jahrzehnt zu erheblichen Verwerfungen kommen wird. Auch wenn es dabei um globale Einschätzungen geht, werden die Auswirkungen in unserer hochvernetzten, globalisierten Welt überall zu spüren sein. Eine größere Störung in einer Weltregion pflanzt sich rasch in alle Weltgegenden fort.

/ Es gäbe noch einige weitere Themen anzuführen, um die absehbaren Umbrüche zu untermauern. Etwa die politischen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU oder die steigende Unzufriedenheit der Menschen in Europa, welche sich beispielsweise in der deutlich gestiegenen Streikbereitschaft widerspiegelt. Auch die Folgen eines zunehmend wahrscheinlicher werdenden chaotischen Brexits sind nicht absehbar. Sie werden uns aber nicht unberührt lassen. Auf alle Themenfelder einzugehen, würde einerseits den Rahmen sprengen und andererseits doch nicht vollständig sein. Gleichzeitig zeigen die wenigen Beispiele, dass hier



Standardlauf des Weltmodells („Business as usual“) des Club of Rome aus der ersten Ausgabe des Werks „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972

kaum ein militärisch relevanter Gegner oder Akteur vorkommt. Und wenn, wie bei Deepfake oder KI, ist er kaum greifbar.

Umfassende Landesverteidigung

Was könnte das nun für eine umfassende und nicht nur Militärische Landesverteidigung bedeuten? Denn das Verständnis für die Systemkomponenten ergibt sich stets aus der Kenntnis des Ganzen, nicht umgekehrt. Anders ausgedrückt: Wer nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel. Und das führt bekanntlich in die Sackgasse.

/ Hier beginnt bereits das Problem. Der Zustand der Militärischen Landesverteidigung (MLV) ist bekannt. Die Geistige (GLV) und Wirtschaftliche Landesverteidigung (WLW) gibt es de facto nicht mehr. Die Zivile Landesverteidigung beschränkt sich auf die

Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit durch die Polizei. Die holistischen Überlegungen der Vergangenheit sind längst nur mehr Worthülsen. Natürlich wäre es nach 40 Jahren notwendig, die Inhalte an die massiv veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Die ursprünglichen gesamtheitlichen Überlegungen haben aber nach wie vor Gültigkeit und spiegeln ein vernetztes Denken wider. Auch wenn die tatsächliche Umsetzung, wie bei so vielen hervorragenden Konzepten und Strategien, dann deutlich von der Grundidee abgewichen ist. Auch der modernere Begriff der Umfassenden Sicherheitsvorsorge reiht sich hier nahtlos ein. Was nicht bedeutet, dass Einzelbereiche nicht doch gut abgedeckt werden, was nicht zuletzt auch durch unseren sehr hohen Wohlstand bestätigt wird. Aber ein System ist mehr als die Summe der Einzelelemente. Und was bisher Gültigkeit gehabt hat, kann sich bereits

morgen schlagartig ändern, wenn eines der oben angeführten Szenarien eintreten sollte.

Gesamtsicht und Koordinierung („Orchestrierung“)

Daher sind eine Gesamtsicht und Koordinierung („Orchestrierung“) unverzichtbar. Doch wer in Österreich verfolgt diese Gesamtsicht? Hier tun sich viele Fragezeichen auf. Im Umkehrschluss: Wie soll dann eine Militärische Landesverteidigung in dieses Gesamtkonzept passen?

/ Daher bedeutet ein Zurück zu den Wurzeln nicht ein Wiederherstellen von vergangenen Zeiten oder Strukturen, sondern vielmehr das damals bereits angewandte vernetzte, systemische Denken wieder aufleben zu lassen und mit neuen Inhalten zu befüllen.

Systemische Zielsetzung

Das Ganze beginnt mit einer systemischen Zielsetzung. Was soll überhaupt gesamtstaatlich erreicht werden? Was bedeuten Schutz und Sicherheit unter den heutigen und absehbaren zukünftigen Rahmenbedingungen? Wie können die Menschen – und um die geht es genau genommen – vor Schaden bewahrt werden? Wie kann der sehr hohe Lebensstandard aufrechterhalten werden? Was wird dazu benötigt? Wie können diese Ziele am effektivsten (die richtigen Dinge tun) und am effizientesten (die Dinge richtig tun) erreicht werden?

/ Mit diesem Ansatz sollte relativ rasch klar werden, dass es wohl nicht um Panzer gehen wird. Natürlich wird sofort der Einwand kommen, dass das nicht Aufgabe des Militärs ist. Richtig! Aber wir haben bereits festgestellt, dass es um vernetztes Denken und um eine gesamtstaatliche Verantwortung geht, die offensichtlich mit unserem bisherigen „Silodenken“ nicht bewältigbar ist bzw. dass es niemanden gibt, der diese Aufgabe aktuell wahrnehmen würde. Natürlich ist das in einem Land mit einem der höchsten Lebensstandards weltweit Jammern auf hohem Niveau. Aber erinnern wir uns an die

kung kam auch noch die Vernachlässigung des Bundesheeres hinzu.

Schutz der Bevölkerung

Was ist daher aus einer systemischen Betrachtung erforderlich, um den Schutz der Bevölkerung sicherstellen zu können?

/ Es geht dabei wohl nicht nur um das Bundesheer oder um die Militärische Landesverteidigung. Wir Soldaten haben gelobt, „die Republik Österreich und sein Volk zu schützen“. Erst dann kommt: „und mit der Waffe zu verteidigen“. Im Sinne von Sunzi könnten wir uns daher stärker auf den ersten Teil

Effektivität

Effizienz

“Die richtigen Dinge tun.“

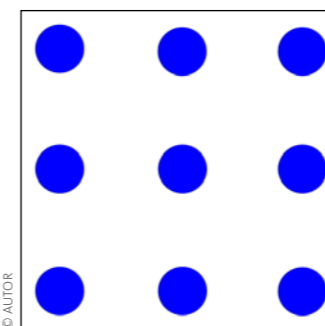
“Die Dinge richtig tun.“

Truthahnillusion. Und in stabilen Zeiten funktionieren Dinge oft einfach von selbst. Diese stabilen Zeiten haben auch dazu geführt, dass wir träge geworden sind bzw. zu viele Dinge formalisiert und bürokratisiert haben. In einem dynamischen Umfeld funktionieren starre Regeln jedoch schlecht oder gar nicht. Als weitere Nebenwir-

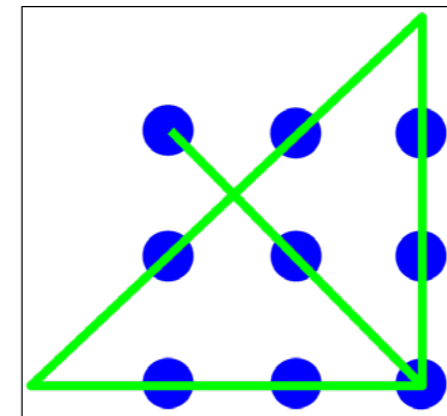
fokussieren. Denn in einem Umfeld, wo eine derart hohe infrastrukturelle und versorgungstechnische Abhängigkeit und Verwundbarkeit gegeben sind, wird der zweite Teil kaum eine Rolle spielen. Niemand wird mit bewaffneten Kräften einmarschieren, wenn er sein Ziel wesentlich einfacher und schneller erreichen kann. Der Einwurf, aber die Krim, sollte als Sonderfall betrachtet werden. Da ging es wohl um strategische Überlegungen, den Hauptstützpunkt der eigenen Kräfte nicht zu verlieren.

/ Wir Offiziere haben eine sehr hochwertige und holistische Ausbildung. Wir könnten daher im Sinne von Schutz deutlich mehr daraus machen. Das erfordert jedoch eine gewisse Anpassung und Lernfähigkeit. Wir müssten die bestehenden Denkrahmen verlassen. Die heutige Realität spielt sich nur mehr selten auf einem Schlachtfeld ab. Zum Glück.

/ Ein wesentlicher Mehrwert wären daher das Denken über die



© AUTOR



9-Punkte-Problem: Man muss den selbstgesetzten Denkrahmen verlassen, um das Problem, neun Punkte mit vier Strichen, ohne abzusetzen, lösen zu können.

bestehenden Systemgrenzen hinaus und die Moderation von unterschiedlichen Akteuren, damit eine holistische Sicht und damit auch Sicherheit möglich wird – das, was wir immer wieder bei Auslandseinsätzen so erfolgreich unter Beweis stellen.

/ Wir verfügen auch über eine ausgezeichnete Analysefähigkeit. Nutzen wir diese und erweitern sie um neue Fähigkeiten, die heute überall gebraucht werden, um möglichst breit anschlussfähig zu bleiben.

Den Wehrdienst und die Miliz neu denken

Der Wehrdienst und die Miliz können als sehr wichtiges Asset wahrgenommen werden. Weniger für die klassischen militärischen Aufgaben als vielmehr für einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz und Widerstandsfähigkeit, indem junge Männer gezielt dazu ausgebildet werden, auch mit Entbehrungen und Unsicherheit umgehen zu können bzw. dazu befähigen, ihre Familien krisenfest zu machen. Das muss natürlich deutlich über das bisherige „Leben im Felde“ hinausgehen. Indem wir ihre Selbstwirksamkeit erhöhen, tragen wir auch zur gesellschaftlichen Robustheit bei. Zusätzliche Qualifikationen für die Blaulichtorganisationen oder den Katastrophenschutz wären

ein großer gesellschaftlicher Mehrwert. Das Ansehen und damit die Attraktivität des Bundesheeres würden automatisch steigen. Das Milizkader könnte speziell dafür ausgebildet werden, bei Katastrophen vor Ort dafür zu sorgen, dass möglichst rasch wieder Strukturen und Ordnung entstehen können. Eine zusätzliche Qualifikation im Risikomanagement würde sowohl der Gesellschaft als auch Wirtschaft nützen. Die Attraktivität der Milizausbildung würde schlagartig steigen.

/ Diese Fähigkeiten wären auch bei Auslandseinsätzen sehr nützlich. Es kann nicht wirklich zielführend sein, über Jahrzehnte militärische Einsätze am selben Ort durchzuführen. Die Fähigkeit, soziale Strukturen aufzubauen und zu stabilisieren („Nation-building“), kann in instabilen Zeiten, Regionen oder Situationen kaum genug wertgeschätzt werden, egal ob nach einem Krieg, einem Blackout oder nach einem Terroranschlag.

/ Der Jagdkampf wurde nach dem Ende des Kalten Krieges rasch abgeschafft. Doch die Grundidee hat nach wie vor Gültigkeit: Viele dezentrale, kleine autonome Einheiten können auch einen großen Gegner zum Fall bringen. Heute geht es nicht mehr um einen großen Gegner, sondern um unsere infrastrukturellen Abhängigkeiten. Zwölf Sicherheitsinseln können

die Republik im Fall eines Blackouts nicht retten. Tausende Gemeinden, wo Soldaten in ihrem Umfeld mitwirken, möglichst rasch wieder eine Struktur herzustellen, aber schon. Wenn vorgegangen auch noch die Risikomanagementkompetenz eingebracht wurde, noch viel besser. Gerade die jüngsten Sturm- und Schneereignisse haben wieder vor Augen geführt, dass die bestehenden Strukturen und „Katastrophenschutzpläne“ oft nicht das halten können, was sie versprechen. Vor allem auf der Gemeindeebene fehlt qualifiziertes Personal, um mit den steigenden Anforderungen in der Krisenvorsorge und -bewältigung fertigwerden zu können. Was könnte das für die nationale Sicherheit bedeuten, wenn Soldaten nicht erst im Katastrophenfall zum Einsatz kämen, sondern bereits bei der Krisenvorsorge und -prävention unterstützen würden? Ja, das ist derzeit nicht vorgesehen. Aber wer hindert uns daran, die notwendigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen?

/ Daher ist die Frage der Effektivität besonders entscheidend. Diese kann nur erreicht werden, wenn man den bestehenden Denkrahmen verlässt und Schutz und Sicherheit als ein holistisches Konzept versteht, welches auch den Umgang mit Unsicherheit beinhaltet. Daher sind heute Flexibilität und Anpassungsfähigkeit nicht nur in der Wirtschaft gefordert, also Soft Skills und Dezentralisierung von Verantwortung. Wobei es letztendlich immer um ein Sowohl-als-auch geht, wie die Mitautorin von „Die Grenzen des Wachstums“, Donella Meadows, hervorragend beschrieben hat: „Hierarchien sind brillante Systemerfindungen, nicht nur, weil sie einem System Stabilität und Widerstandsfähigkeit verleihen, sondern auch, weil sie die Informationsmenge reduzieren, die jedes Einzelteil des Systems im Auge behalten muss. In hierarchischen Systemen sind die Beziehungen innerhalb der Teilsysteme enger und stärker als die Beziehungen zwischen den Teilsystemen. Alles ist noch immer mit allem anderen verbunden, aber nicht

gleich stark. Der ursprüngliche Zweck einer Hierarchie ist immer, seinen ursprünglichen Teilsystemen zu besseren Leistungen zu verhelfen. Hierarchische Systeme entwickeln sich von unten nach oben. Zweck der oberen Hierarchieebenen ist es, den Zweck der unteren Ebenen zu dienen.“

/ Wie sieht die heutige Realität aus? Daher geht es auch darum, ob sich das Österreichische Bundesheer neu erfinden kann oder ob es das Schicksal eines jeden erstarnten Systems erleiden muss: Es wird von der Realität überholt („Schöpferische Zerstörung“).

/ Daher nochmals Donella Meadows: „Zu tun, als habe man alles im Griff, selbst wenn das nicht so ist, ist nicht nur ein Patentrezept für Fehler, sondern auch dafür, aus Fehlern nicht zu lernen. Was in einem Lernprozess wirklich angebracht ist, sind kleine Schritte, ständiges Beobachten und die Bereitschaft, den Kurs zu ändern, während man noch dabei ist herauszufinden, wohin er führt.“

/ Natürlich birgt ein derart hochqualifiziertes Personal auch die Gefahr einer großen Fluktuation. Aber damit würde wiederum ein Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Robustheit und Resilienz geleistet werden. Es kommt daher sehr auf den Blickwinkel an. Im Sinne von „zu schützen“ daher durchaus erwünscht. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass durch eine derartige Unternehmenskultur die Bindung an die Organisation steigt. Denn Geld ist nicht alles. Und ein Austausch zwischen den unterschiedlichen Strukturen würde wiederum befruchtend wirken und auch die notwendige Vernetzung schaffen. Daher ist hier ein klarer Vorteil zu erkennen, wenn man die Dinge ganzheitlich und im Sinne einer Umfassenden Landesverteidigung betrachtet, so wie wir es vor vielen Jahren auf der Militärakademie gelernt haben: Im Sinne des Ganzen denken!

/ In gewisser Weise mag diese Betrachtung nun für den einen oder anderen Leser eine Utopie darstellen. Möglich. Der Autor sieht sie jedoch vielmehr als große Chance. Denn der

bisherige Weg hat nicht aus der jahrzehntelangen Misere geführt. Also kann ein Mehr vom Selben nicht wirklich als erfolgreich bezeichnet werden. Gleichzeitig sind die Risiken relativ überschaubar. Ganz im Gegenteil. Die Chance, dass damit das Ansehen und damit die Reputation des Österreichischen Bundesheeres deutlich steigen, ist sehr hoch, was sich wohl auch wirtschaftlich niederschlagen dürfte. Im Gegensatz dazu könnte das Festhalten an der reinen Militärischen Landesverteidigung zu einem fatalen Vertrauensverlust führen. Nämlich dann, wenn sich in einer wirklich kritischen Situation herausstellt, dass tatsächlich keine der verfassungsmäßigen Aufgaben mehr bewältigt werden kann bzw. die Erwartungen viel zu hoch geschürt wurden. Denn „Wir schützen Strom und Wasser“ ist zwar ein guter Marketinglogan, entspricht jedoch nicht der Realität. Denn vernetzte Infrastrukturen lassen sich nicht durch den Schutz von Einzelobjekten sichern. Zur Bewältigung von weitreichenden Infrastrukturausfällen müsste das Bundesheer zuerst einmal die eigene Handlungsfähigkeit wiederherstellen. Aber auch die wird bei Weitem nicht reichen, um allen helfen zu können.

/ Trotz allem geht es bei systemischen Betrachtungen immer um ein Sowohl-als-auch. Das bedeutet, dass damit nicht alle militärischen Fähigkeiten in Frage gestellt oder für obsolet erklärt werden. Aber sie sollten im Sinne der systemischen Zielsetzung kritisch hinterfragt und an die neuen Bedürfnisse angepasst werden. Denn nichts ist schlimmer als Selbstbetrug und Scheinsicherheit. Innovationen sind nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Umfassenden Landesverteidigung notwendig, um auch in Zeiten von großen Umbrüchen und Verwerfungen „Schutz und Hilfe“ leisten zu können. Ein Staat, der auf eine robuste Infrastruktur und resiliente Gesellschaft bauen kann, ist gegenüber einer Vielzahl von möglichen Ereignissen gewappnet. Wagen wir es daher, die Dinge neu zu denken und mutige Schritte zu setzen! ✘



© SEBASTIAN DICHLER

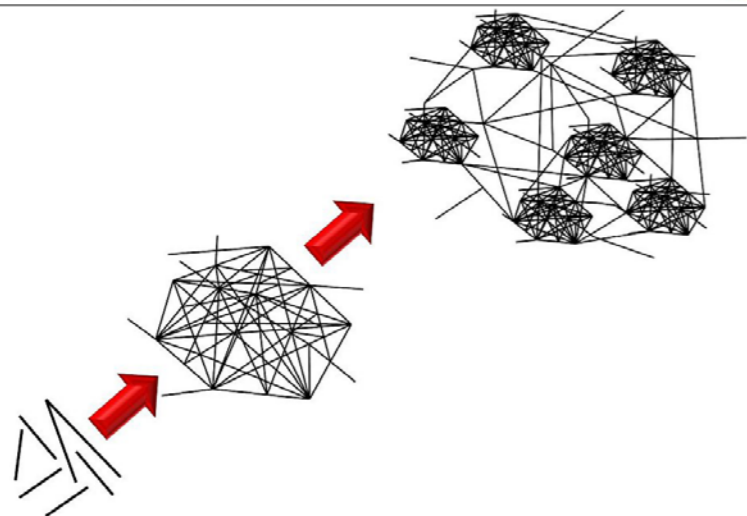
ZUR PERSON

Major Herbert Saurugg, MSc. Experte für die Vorbereitung auf den Ausfall lebenswichtiger Infrastrukturen, war bis 2012 Berufsoffizier, zuletzt im Bereich IKT-/Cyber-Sicherheit. Seit 2012 beschäftigt er sich mit den möglichen Folgen der steigenden Vernetzung und Komplexität, insbesondere mit den Themen: Schutz VOR Kritischen Infrastrukturen (Resilienz), das europäische Stromversorgungssystem bzw. europaweiter Strom- und Infrastrukturausfall (Blackout). Er betreibt dazu einen umfangreichen Fachblog (www.saurugg.net) und ist über die Grenzen Österreichs hinaus als weitsichtiger Querdenker und Referent bekannt.

Literatur:

- Vernetzte Unsicherheit – Hybride Bedrohungen im 21. Jahrhundert, LVAK/IFK: 2014 [<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=787>]
- Meadows, Dennis: Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1973 [<https://www.saurugg.net/2019/blog/vernetzung-und-komplexitaet/die-grenzen-des-wachstums/>]
- Meadows, Donella H: Die Grenzen des Denkens – Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können. München: oekom verlag, 2010 [<https://www.saurugg.net/2019/blog/vernetzung-und-komplexitaet/die-grenzen-des-wachstums/>]

Vernetzung und Stabilität



Auftrag zur Beschaffung von drei zusätzlichen „Black Hawks“ erteilt



25.000ste Flugstunde: Minister Kunasek überreicht eine Urkunde an Staffelkommandant Major Franz Reisinger.



Im Hochwassereinsatz werden hier mit Sandsäcken und Steinen gefüllte Big Bags auf einem Damm Stück für Stück aneinandergereiht.

Die S-70 „Black Hawk“-Flotte des Bundesheeres wird durch zusätzliche Mittel aus dem „Katastrophenschutzpaket“ (gemäß Ministerratsbeschluss vom 22. August 2018) um drei Stück auf zwölf Hubschrauber erweitert werden. Heute wurde die Auftragsbestätigung zur Beschaffung der drei „Black Hawks“ durch die Gegenzeichnung der Firma „ACE Aeronautics“ rechtskräftig. 2021 soll der erste Hubschrauber der erweiterten Flotte in Österreich landen.

Notwendige Investitionen zum Schutz der Bevölkerung

„Es ist uns gelungen, für die Zukunft notwendige Investitionen zu tätigen, um die Truppe auch in der Luft mit modernem Gerät auszustatten. Mit den drei zusätzlichen ‚Black Hawks‘ erreichen wir erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik die benötigte volle Staffelstärke“, freut sich Verteidigungsminister Mario Kunasek.

„Auch die Zahl der Katastropheneinsätze zeigt deutlich, wie wichtig die Investitionen im Rahmen des ‚Katastrophenschutzpaketes‘ sind. Unsere Soldaten müssen auch bei Katastrophen handlungsfähig bleiben, um der Bevölkerung im Ernstfall rasch helfen zu können. Das hat auch wieder der Schneeeinsatz in diesem Winter gezeigt. Der Erhalt der Mobilität zur Auftragserfüllung

und zum Schutz der Bevölkerung, ob in der Luft, zu Wasser oder am Boden, hat für mich oberste Priorität“, so der Verteidigungsminister.

Das Avionic-Update der übrigen neun „Black Hawks“ ist bereits im Laufen und wird bis 2021 abgeschlossen sein.

Mittlerer Transporthubschrauber

Der „Black Hawk“ (Schwarzer Falke) ist ein mittlerer Transporthubschrauber. Aufgrund seiner zwei leistungsstarken Triebwerke, je 1.940 PS, ist er sehr vielseitig und gerade im Hochgebirge hervorragend einsetzbar. Er verfügt über eine Enteisungsanlage der Rotorblätter sowie des Heckrotors. Das ermöglicht seinen Einsatz auch bei schlechten Wetterbedingungen oder winterlichen Verhältnissen.

Die Transportkapazität beträgt 20 Personen oder reicht für die Beförderung von ca. 4 Tonnen Nutzlast. Im Notfall können jedoch bis zu 25 Personen aufgenommen werden. Der Hubschrauber hat eine Reichweite von etwa 500 Kilometern, die sich mit außen anbringbaren Zusatztanks bis auf ungefähr 1.600 Kilometer oder durchgehend etwa 4,5 Flugstunden erweitern lässt. Er erreicht eine maximale Geschwindigkeit von 360 km/h, und die maximale Flughöhe liegt bei rund 6.000 Metern.

Mehr als 25.000 Flugstunden absolviert

Der Erstflug des „Black Hawk“-Hubschraubers in Österreich erfolgte am 21. September 2002. Die ersten dieser Militärhubschrauber wurden in Folge der Katastrophe von Galtür beschafft. Seit dem offiziellen Indienststellen der S-70A „Black Hawk“ 2002 wurden in Summe mehr als 25.000 Flugstunden absolviert, ca. 219.000 Personen und etwa 23.000 Tonnen Außen- und Innenlasten unfallfrei transportiert. (BMLV)



Ein „Black Hawk“ im Waldbrandeinsatz bei der Aufnahme von 3.000 Liter Löschwasser; der Behälter wurde von ABCAbwSoldaten in Rekordzeit befüllt.



Westbalkan-Verteidigungsgipfel: Die „Grazer Erklärung“ nach der Unterzeichnung

Sicherheit am Balkan ist Sicherheit für Europa!

Österreich engagiert sich seit vielen Jahren militärisch am Westbalkan. Aus gutem Grund, sind Sicherheit und Stabilität in der Region doch Grundvoraussetzungen für ein sicheres Europa.

Kriege in Syrien und der Ukraine, der immer schärfere Ton zwischen dem Westen und Russland und die zuletzt deutlich gestiegene Gefahr hybrider Angriffe und Terrorattacken – keine Frage: Das sicherheitspolitische Umfeld der EU und somit auch Österreichs hat sich in den vergangenen Jahren auf nahezu allen Ebenen gefährlich verschlechtert und wird sich laut Experten auch in den kommenden Jahren tendenziell negativ entwickeln. Gründe dafür gibt es viele, ein gewichtiger ist in jedem Fall der Rückzug der USA aus dem Nahen Osten. Das dort entstandene Machtvakuum wird nun von Mächten wie Russland und China genutzt, um regionale Einflussphären zu gewinnen. Instabilität und Unbeständigkeit sind die Folge, und das gilt auch für das unmittelbare Umfeld Österreichs am Westbalkan. Aus Sicht sicherheitspolitischer Experten stehen die sechs Westbalkanstaaten 20 Jahre

nach Ende des Kosovokriegs als nur „semi-konsolidierte“ Nachkriegsregion an einem Scheideweg: Die Verstärkung islamistischer Strömungen, unvollendete Staatenbildungsprozesse, das erstarkte Auftreten externer Akteure – insbesondere aus Russland, der Türkei und aus

„Sicherheit am Westbalkan bedeutet Sicherheit für Europa. Im Kern geht es neben der fortgesetzten militärischen Präsenz im Rahmen der Westbalkaneinsätze um den Aufbau von Kapazitäten der Streitkräfte des Westbalkans.“

Verteidigungsminister Mario Kunasek

dem arabischen Raum – und nicht zuletzt die internen Krisen der EU sorgen für Unsicherheiten und gefährden zunehmend die in den vergangenen Jahren mühsam herbeigeführte Stabilität. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ist es Österreich zuletzt gelungen, die dringend benötigte Aufmerk-

samkeit und das Engagement der EU für die Region hochzuhalten. Um dem Negativtrend entgegenzuwirken, präsentierte Bundesminister Mario Kunasek beim informellen Verteidigungsministertreffen Ende August 2018 eine geplante Initiative zur Stärkung und Stabilisierung. Übergeordnetes Ziel dieser Initiative ist ein stabiler Westbalkan, der seine Rolle als Partner bei der Bewältigung sicherheitspolitischer vordringlicher Bereiche wie Migration und Beteiligung an Missionen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) aktiv wahrnehmen kann. Vorgeschlagen wurden auch eine Machbarkeitsstudie zur Gründung einer regionalen zivil-militärischen Verteidigungs- und Sicherheitsakademie und die Einrichtung eines strategischen Formates, um den verteidigungspolitischen Dialog zwischen der EU und den Staaten Südosteuropas besser zu strukturieren. Die Verteidigungsminister der Westbalkanstaaten sehen im österreichischen Engagement



© BUNDESHEER/SCHOEN

Verschiedene Nationen bei der Opening Ceremony der „Cooperative Security“ 2017

jedenfalls ein entscheidendes Puzzleteil für eine friedvolle Weiterentwicklung und Annäherung der Staaten an europäische Standards. In der am 26. September 2018 unterzeichneten „Grazer Deklaration“ bestätigten die Verteidigungsminister der Westbalkanstaaten ihre Zustimmung und Unterstützungsbereitschaft. Die „Grazer Deklaration“ ist damit eine solide Basis für die weitere partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten.

Die aktuellen Maßnahmen des Bundesheeres in der Region umfassen vor allem den Beitrag zur militärischen Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina (BIH) und des Kosovo (KOS). Die Mission EUFOR Althea in BIH, an der sich Österreich mit rund 300 Soldatinnen und Soldaten beteiligt, hat insbesondere die Stabilisierung der militärischen Aspekte der Friedensabkommen von Dayton und Paris und die permanente militärische Präsenz zum Auftrag, um eine neuerliche Gefährdung des Friedens zu verhindern. Die Aufträge des aktuell aus rund 430 Soldaten bestehenden österreichischen Beitrags bei der NATO-Mission der Kosovo International Security Force (KFOR) umfassen unter anderem die

Gewährung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Unterstützung von internationalen Organisationen sowie Unterstützung beim Wiederaufbau der Infrastruktur im Wege der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC).

Ungeachtet dessen finden bilaterale militärische Kooperationen in vielen Bereichen mit allen Staaten des Westbalkans statt, wobei die Kooperationen mit Serbien, als wichtigstem regionalen Akteur, und mit BIH, als Staat mit einer sicherheitspolitisch besonders herausfordernden Situation, quantitativ und qualitativ überdurchschnittlich ausgeprägt sind. Bei der Ausbildungs-

unterstützung wird das österreichische Know-how sehr geschätzt, besonders erwähnenswert ist der Bereich Abbau überschüssiger Munition und die Gebirgsausbildung. Das Heranführen der Westbalkanstaaten an die EU ist ein weiterer wesentlicher Themenbereich.

Die nächsten fünf bis sieben Jahre werden für die Sicherheit und Stabilität in der Region laut Ansicht zahlreicher Sicherheitsexperten entscheidend sein. Die Aufrechterhaltung eines wirksamen Beitrags von Österreich und der EU zur Stabilisierung des Westbalkans und zur Bekämpfung der Ursachen der Migration ist unbedingt erforderlich. Aus diesem Grund gewinnt die zentral-europäische Verteidigungskooperation als sicherheits- und verteidigungspolitisches Format, welches sich konkret mit regionalen sicherheitspolitischen Risiken in Europa auseinandersetzt, zunehmend an Bedeutung. Daher ist es auch wichtig, dass die 2017 in Österreich erstmals organisierte Grenzschutzübung Cooperative Security heuer auf ungarische Initiative erneut und unter Einbindung der Westbalkanstaaten durchgeführt wird. (BMLV) ❌

KFOR KOSOVO

Österreich-Engagement seit 1999

Bei der Kosovotruppe, kurz KFOR, handelt es sich um eine 1999 nach Beendigung des Kosovokriegs aufgestellte multinationale Friedenstruppe unter NATO-Leitung. Sie wies anfangs eine Truppenstärke von mehr als 50.000 Soldaten auf. Aktuell sind es rund 4.500, von denen das Bundesheer etwa ein Zehntel stellt. Die österreichischen Soldaten sind im gesamten Kosovo eingesetzt, mit Brigadier Reinhard Ruckenstein kommt auch der aktuell stellvertretende KFOR-Kommandant aus Österreich.



© BUNDESHEER

Pandur des Bundesheers im KFOR-Einsatz

EUFOR ALTHEA BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Österreich-Engagement seit 2004

Am 12. Juli 2004 beschloss der Rat der EU die Entsendung einer EUFOR-Militärmission als Nachfolger der NATO-Schutztruppe SFOR zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina. Im Dezember 2004 startete die Mission mit 6.300 Soldaten. Österreich war von Anfang an Teil der Mission, aktuell umfasst das österreichische Kontingent rund 300 Soldaten. Das Bundesheer stellt mit Generalmajor Martin Dorfer derzeit zudem den Kommandanten der EUFOR-Truppe.



© BUNDESHEER/RUMFOLD

„Black Hawk“ des Bundesheers im EUFOR-Einsatz

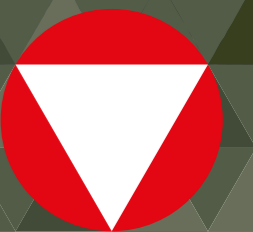


IM ERNSTFALL STETS BEREIT.

WIR SCHÜTZEN ÖSTERREICH.

Unvorhersehbare Ereignisse erfordern permanente Einsatzbereitschaft. Investitionen in das Bundesheer sind Investitionen in die Sicherheit Österreichs.

f i t bundesheer.at



UNSER HEER



**Das sicherheitspolitische
Gewissen der Republik
Österreich**